

HOCHSCHULEN AUF EINEN BLICK

Ausgabe 2018



wissen.nutzen.

Herausgeber

Statistisches Bundesamt (Destatis)

Redaktion

Juliane Gude,
Dr. Alexander Schacht

Gestaltung

Statistisches Bundesamt (Destatis)

Erschienen im Mai 2018

Bestellnummer: 0110010-18900-1

Fotorechte

Umschlag

Titel © iStock.com / Jacob Ammentorp Lund / 639359406

Seite 4 © iStock.com / monkeybusinessimages / 597958816

Seite 9 © rastlily - Fotolia.com / 102158536 / Bildausschnitt

Seite 11 © iStock.com / skynesher / 170036830

Seite 20 © iStock.com / eclipse_images / 646214534 / Bildausschnitt

Seite 23 © stokkete - Fotolia.com / 191176412 / Bildausschnitt

Seite 28 © iStock.com / MarkgrafAve / 637770044

Seite 31 © .shock - Fotolia.com / 112572554 / Bildausschnitt

Seite 49 © XtravaganT - Fotolia.com / 31882035

Seite 51 © iStock.com / Sidekick / 858281582 / eigene Bearbeitung

Seite 59 © iStock.com / vm / 831196850 / Bildausschnitt

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
Hochschulsystem im Überblick	6
1 Eintritt in das Hochschulsystem	8
2 Daten und Fakten zu Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen	16
3 Personalstruktur, Betreuung und Effektivität	26
4 Überregionale Attraktivität deutscher Hochschulen	36
5 Einnahmen und Ausgaben der Hochschulen	44
Glossar	54



Hochschulstatistische Kennzahlen, die es ermöglichen, die Hochschulsysteme der Bundesländer im Hinblick auf wesentliche Leistungsmerkmale miteinander zu vergleichen, stoßen angesichts der zunehmenden Bedeutung akademischer Bildung und der damit verbundenen Diskussionen über die Qualität der Lehre an *Hochschulen* auf immer größeres Interesse.

Im Fokus der aktuellen Ausgabe von „Hochschulen auf einen Blick“ stehen Veränderungen und Trends, die sich seit der letzten Ausgabe aus dem Jahr 2016 abgezeichnet haben. Es werden die wichtigsten nationalen Kennzahlen zu Hochschulzugang, *Absolventinnen und Absolventen*, Personalstruktur und Betreuung, überregionaler Attraktivität sowie finanzieller Ausstattung der Hochschulen im Hinblick auf Berechnungsverfahren, Aussagekraft und zentrale Ergebnisse kommentiert und visualisiert. Die Broschüre richtet sich vor allem an Hochschulen und *Studierende*, an Politik und Wissenschaft sowie die interessierte Öffentlichkeit und bietet einen kompakten Überblick über Strukturen und aktuelle Entwicklungen in zentralen Bereichen der deutschen Hochschullandschaft.

Die vorliegende Veröffentlichung bezieht sich ausschließlich auf nationale hochschulstatistische Kennzahlen, deren Definitionen und Abgrenzungen zum Teil von den internationalen Kennzahlen abweichen, die die amtliche Statistik jährlich an die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) liefert. Ausführliche Tabellen zu nationalen und internationalen hochschulstatistischen Kennzahlen stehen im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes zum kostenlosen Download zur Verfügung. Die im Internet angebotenen Publikationen enthalten ausführliche Definitionen der Kennzahlen und weiterführende methodische Hinweise.

Erklärende Information: Begriffe, die im Text *kursiv* markiert sind, werden im Glossar näher erläutert.

Hochschulsystem im Überblick

Anstieg der Studierendenzahlen schwächt sich ab

Im Jahr 2016 waren 2,8 Millionen *Studierende* an deutschen *Hochschulen* eingeschrieben. Mit 776 000 Studierenden waren rund 28 % allein in Nordrhein-Westfalen immatrikuliert. Auf die Hochschulen der drei bevölkerungsreichsten Länder Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg entfielen 2016 zusammen 54 % der Studierenden.

Rund 1,8 Millionen der Studierenden in Deutschland waren an Universitäten einschließlich der Pädagogischen und Theologischen Hochschulen, rund eine Million an Fachhochschulen, rund 36 000 an Kunsthochschulen sowie rund 39 000 an Verwaltungsfachhochschulen eingeschrieben.

Insgesamt wuchs die Zahl der Studierenden in den letzten zehn Jahren um 42 %. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht und dem Wegfall des Zivildienstes im Sommer 2011 sowie den doppelten Abiturjahrgängen nahm die Zahl der eingeschriebenen Studierenden im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr besonders stark zu (+ 7 %). Auch seitdem wachsen die Studierendenzahlen weiter, die jährlichen Zuwachsraten haben sich aber kontinuierlich abgeschwächt. 2016 wurden noch 2 % mehr Studierende registriert als 2015. Dabei war der Anstieg der Studierendenzahlen an Universitäten mit + 1 % gegenüber dem Vorjahr schwächer als an den Fachhochschulen mit + 3 % und den Verwaltungsfachhochschulen mit + 7 %.

Fachhochschulen zunehmend beliebter

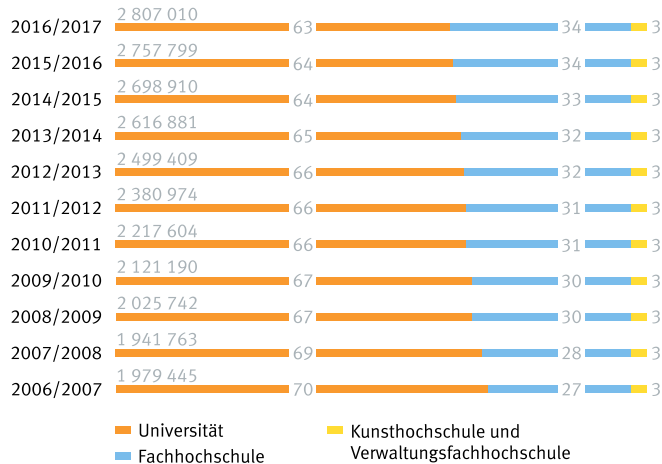
In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Studierenden an Fachhochschulen besonders stark angestiegen. Während im Jahr 2006 rund 542 000 Studierende an Fachhochschulen eingeschrieben waren, waren es im Jahr 2016 bereits 957 000. Das entspricht einer Steigerung von 77 %. Im Jahr 2016 besuchten 34 % aller Studierenden eine Fachhochschule. Zehn Jahre zuvor hatte der Anteil noch bei 27 % gelegen. Gleichzeitig ging der Anteil der Studierenden an Universitäten von 70 auf 63 % zurück.

Die zunehmende Bedeutung der Fachhochschulen zeigt sich auch in der Gründung und landesrechtlichen Anerkennung von 41 Fachhochschulen seit 2006. Insgesamt hat sich die Zahl der Hochschulen in den letzten zehn Jahren von 383 auf 428 erhöht.

37 % des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an Hochschulen war nebenberuflich tätig

Auf dem Gebiet der Lehre gehören neben der wissenschaftlichen Erstausbildung der Studierenden die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die wissenschaftliche Weiterbildung zu den Aufgaben einer Hochschule. Darüber hinaus engagieren sich die Hochschulen im Bereich der Forschung und leisten mit den medizinischen Einrichtungen einen wichtigen Beitrag für die Krankenversorgung der Bevölkerung.

Studierende nach Hochschularten in %



Im Jahr 2016 waren 386 800 Personen an deutschen Hochschulen und Hochschulkliniken als *wissenschaftliches und künstlerisches Personal* beschäftigt. Das entspricht einer Zahl von 225 000 *Vollzeitäquivalenten*. Davon waren 196 100 (87 %) Vollzeitäquivalente dem hauptberuflichen und 28 900 (13 %) dem nebenberuflichen *Personal* zuzuordnen.

Gegenüber 2006 ist die Zahl des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals (Vollzeitäquivalente) um 41 % gestiegen. Der Zuwachs bei den Fachhochschulen war in diesem Zeitraum mit 87 % deutlich stärker als bei den Universitäten (+ 36 %). Dennoch gehörten 2016 acht von zehn Vollzeitäquivalente (175 000) des wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonals einer Universität an.

Ausgaben der Hochschulen in Höhe von 50,8 Milliarden Euro

Die öffentlichen und privaten Hochschulen gaben 2015 rund 50,8 Milliarden Euro für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung aus. Das waren 55 % mehr als im Jahr 2006. Infolge des Kapazitätsausbaus erhöhten die Fachhochschulen ihre Ausgaben gegenüber 2006 um 103 %, während die Ausgabensteigerung bei den Universitäten und Kunsthochschulen in der Summe + 50 % betrug.

Mit *Drittmitteln* in Höhe von 7,4 Milliarden Euro, die primär für Forschungszwecke eingeworben wurden, konnten die Hochschulen 2015 im Bundesdurchschnitt 15 % der Ausgaben bestreiten. Dabei lag der Anteil der durch Drittmittel finanzierten Ausgaben bei Universitäten, Pädagogischen und Theologischen Hochschulen bei 15 %, während der Anteil der Fachhochschulen 9 % betrug. Im Vergleich zu 2006 hatten sich 2015 die Drittmiteleinnahmen der Universitäten sowie der Fachhochschulen nahezu verdoppelt. •

1 Eintritt in das Hochschulsystem

1.1

Studienberechtigtenquote

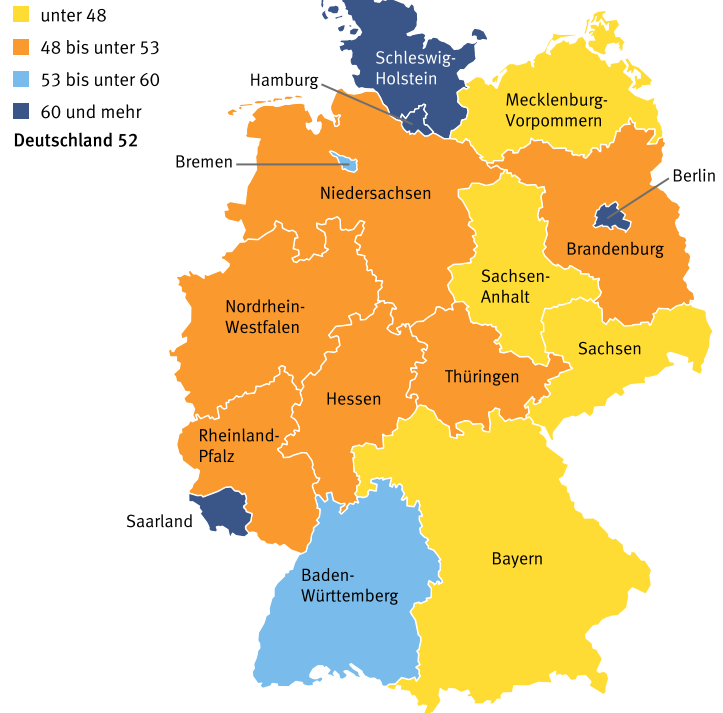
Die Studienberechtigtenquote gibt an, wie hoch der Anteil der *Absolventinnen und Absolventen* allgemeinbildender und beruflicher Schulen ist, die die Schule mit allgemeiner Hochschulreife bzw. Fachhochschulreife verlassen und somit studienberechtigt sind. Die Kennzahl wird nach dem sog. *Quotensummenverfahren* berechnet. Für jeden einzelnen Altersjahrgang der Bevölkerung wird der Anteil der Schulabsolventinnen und Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife oder Fachhochschulreife ermittelt. Anschließend werden diese Anteile zu einer Summe aufaddiert.

Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Hochschulreife sind potenzielle *Studienanfängerinnen und Studienanfänger*. Somit liefert dieser Indikator wichtige Informationen für die Hochschulplanung.

Frauen mit deutlich höherer Studienberechtigtenquote als Männer

2016 lag die Studienberechtigtenquote bei 52 %. Das bedeutet, dass auf Basis der Daten des Jahres 2016 etwas mehr als die Hälfte der Personen einer Alterskohorte im Laufe ihres Lebens die schulische Hochschulzugangsberechtigung erwirbt. Insgesamt erwarben 452 600 Schulabsolventinnen und Schulabsolventen 2016 eine Studienberechtigung. Von ihnen haben 78 % eine allgemeine Hochschulreife und 22 % eine Fachhochschulreife erlangt.

Studienberechtigtenquote nach Bundesländern 2016
in %



Weibliche Absolventen allgemeinbildender und beruflicher Schulen erlangten 2016 deutlich häufiger eine Studienberechtigung als ihre männlichen Mitschüler. Die Studienberechtigtenquote der Frauen lag 2016 mit 58 % um rund 12 Prozentpunkte über der der Männer. Dabei beschränkt sich der Unterschied im Wesentlichen auf die allgemeine Hochschulreife. Die Quote der Studienberechtigten mit Fachhochschulreife lag bei Frauen und Männer jeweils bei 11 %.

Allgemeiner Trend zur Höherqualifizierung

Die Studienberechtigtenquote 2016 liegt um rund 9 Prozentpunkte höher als in 2006 (43 %). Dies ist vor allem auf einen allgemeinen Trend zur Höherqualifizierung zurückzuführen. So entscheidet sich zum einen ein immer größerer Anteil der Eltern für ein Gymnasium als weiterführende Schule für ihr Kind. Zum anderen erwarben mehr junge Menschen eine Hochschulzugangsberechtigung an einer allgemeinbildenden oder beruflichen Schule.

Die Studienberechtigtenquote erhöhte sich vorübergehend zusätzlich durch die Verkürzung der Schulzeit an Gymnasien auf acht Jahre, die zwischen 2001 und 2008 in zahlreichen Ländern eingeführt und dort zeitversetzt die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten verstärkt hat. Die höchste Studienberechtigtenquote mit 58 % ergab sich in 2012, als gleichzeitig aus mehreren, teils bevölkerungsreichen Ländern doppelte Abiturjahrgänge die Schulen verließen. Der Effekt verstärkter Abiturjahrgänge fällt seit 2014 im

Bund kaum noch ins Gewicht, auch wenn in 2016 nochmals zwei Jahrgänge in Schleswig-Holstein gleichzeitig das Abitur erhielten. Die Studienberechtigtenquote ist daher zwischen 2012 und 2016 wieder um rund 6 Prozentpunkte auf 52 % gesunken. »

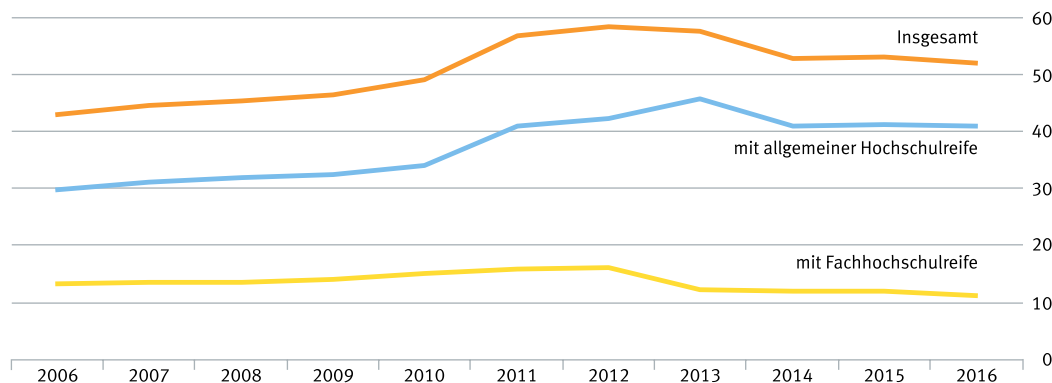


1 Eintritt in das Hochschulsystem

Mitverantwortlich für diesen Rückgang war zudem eine veränderte Definition der Schulabsolventinnen und Schulabsolventen mit Fachhochschulreife. Aufgrund der Konventionen der internationalen Bildungsberichterstattung weist die Statistik seit 2013 (für Sachsen-Anhalt bereits seit 2012) Absolventinnen und Absolventen, die lediglich den schulischen Teil der Fachhochschulreife erworben haben, nicht mehr als Studienberechtigte aus. Dadurch hat sich die Anzahl der Schulabsolventinnen und Schulabsolventen mit Fachhochschulreife 2016 im Vergleich zum Jahr 2012 um 31 % verringert. Die Studienberechtigtenquote für die Fachhochschulreife ging im selben Zeitraum um 5 Prozentpunkte auf 11 % zurück.

Studienberechtigtenquote

in %



Deutlich höhere Studienberechtigtenquoten in den Stadtstaaten

Zwischen den Bundesländern variierte die Studienberechtigtenquote 2016 mit 39 bis 68 % beträchtlich. In Schleswig-Holstein, Hamburg und im Saarland lag sie über 60 %. Der hohe Wert für Schleswig-Holstein war allerdings bedingt durch einen aufgrund der Umstellung auf die achtjährige Gymnasialzeit verstärkten Abiturientenjahrgang. Die niedrigsten Studienberechtigtenquoten wurden 2016 für Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern und Sachsen ermittelt. •



1 Eintritt in das Hochschulsystem

1.2

Übergangsquote

Die *Übergangsquote* gibt an, wie hoch der Anteil der studienberechtigten Schulabsolventinnen und Schulabsolventen eines Jahrgangs ist, die direkt nach ihrem Schulabschluss oder in den Jahren danach ein Studium an einer deutschen *Hochschule* beginnen, gemessen an allen *Studienberechtigten* eines Jahrgangs.

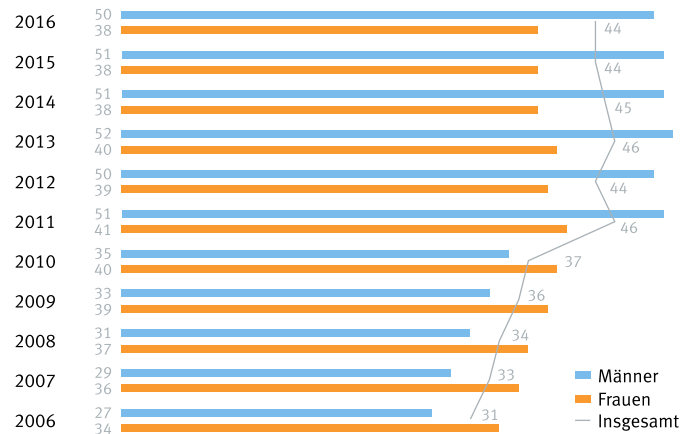
Die Übergangsquote ist ein wichtiges Maß für die Ausschöpfung des Potenzials der Studienberechtigten.

Übergangsquote weiterhin sehr hoch

Insgesamt nahmen 198 000 junge Menschen, die 2016 ihre Hochschulreife erreichten, noch im gleichen Jahr ein Studium an einer deutschen Hochschule auf. Das entspricht einer Übergangsquote von rund 44 % im Jahr des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung. Dieser Wert liegt nur 2 Prozentpunkte unter dem Höchststand aus dem Jahr 2013.

Damals stieg aufgrund der Aussetzung der Wehrpflicht und dem Wegfall des Zivildienstes im Sommer 2011 die Übergangsquote der Männer im Jahr des Schulabschlusses sprunghaft an und war seitdem jedes Jahr mit 10 bis 13 Prozentpunkten deutlich höher als die der Frauen. Für das Jahr 2016 wurde für die Männer eine Übergangsquote von 50 % und für die Frauen von 38 % festgestellt.

Studienberechtigte mit Studienbeginn im Jahr des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung
in %



Frauen lassen sich mit Studienaufnahme mehr Zeit

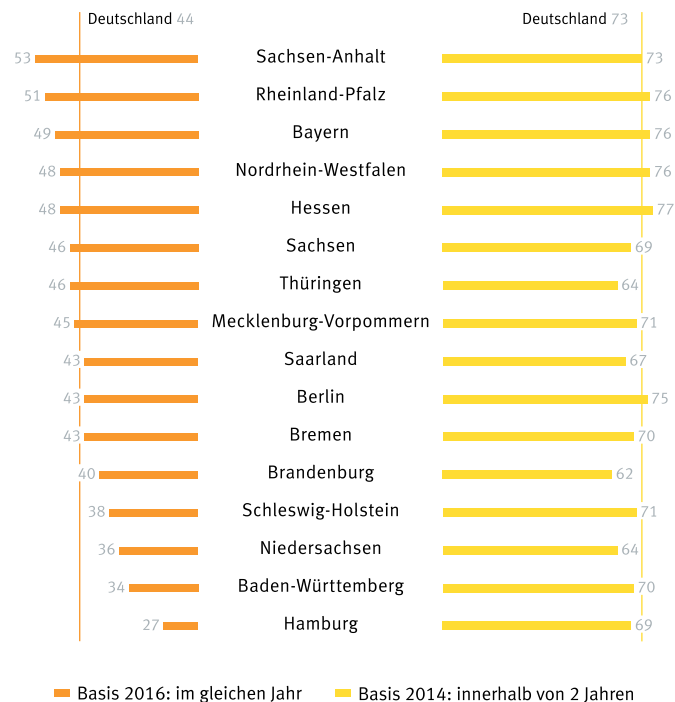
Auch bei Betrachtung eines längeren Übergangszeitraums begannen studienberechtigte Frauen zu einem geringen Anteil als Männer ein Studium. Je mehr Zeit jedoch zwischen Schulabschluss und Studienbeginn liegt, desto geringer sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Von den studienberechtigten Schulabgängern des Jahres 2014 begannen insgesamt 45 % ein Studium im Jahr

des Studierenerwerbs, 23 % ein Jahr danach und 6 % zwei Jahre danach. Somit nahmen rund 73 % der Studienberechtigten aus dem Jahr 2014 innerhalb von zwei Jahren ein Studium auf. Dabei lag die entsprechende Übergangsquote für die Männer bei 77 % und für die Frauen bei 68 %. Eine mögliche Erklärung ist, dass Frauen häufiger als Männer zwischen dem Erwerb der Hochschulreife und dem Studienbeginn ein soziales Engagement, einen Auslandsaufenthalt oder ein Praktikum wahrgenommen haben.

Große Unterschiede zwischen den Bundesländern

Die niedrigsten Quoten wurden für Hamburg (27 %) und Baden-Württemberg (34 %), die höchsten für Rheinland-Pfalz (51 %) und Sachsen-Anhalt (53 %) berechnet. Die Gründe für die deutlichen Unterschiede sind vielfältig. So ist grundsätzlich festzustellen, dass in Ländern mit höherem Anteil an Studienberechtigten mit allgemeiner Hochschulreife die Übergangsquoten im Jahr des Schulabschlusses höher sind. Zudem ist die Neigung, vor der Studienaufnahme zunächst vorübergehend etwa im Freiwilligendienst zu arbeiten oder länger zu verreisen, zwischen den Ländern sehr unterschiedlich ausgeprägt. Festzustellen ist jedoch, dass sich die Übergangsquoten in den Ländern zwei Jahre nach Studienbeginn annähern. Bezogen auf die studienberechtigten Schulabgänger des Jahres 2014 lagen sie im Jahr 2016 zwischen 62 % in Brandenburg und 77 % in Hessen. •

Studienberechtigte mit Studienbeginn nach Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung in %



1 Eintritt in das Hochschulsystem

1.3

Studienanfängerquote

Die Studienanfängerquote gibt an, wie hoch der Anteil der *Studienanfängerinnen und Studienanfänger* an der altersspezifischen Bevölkerung ist.

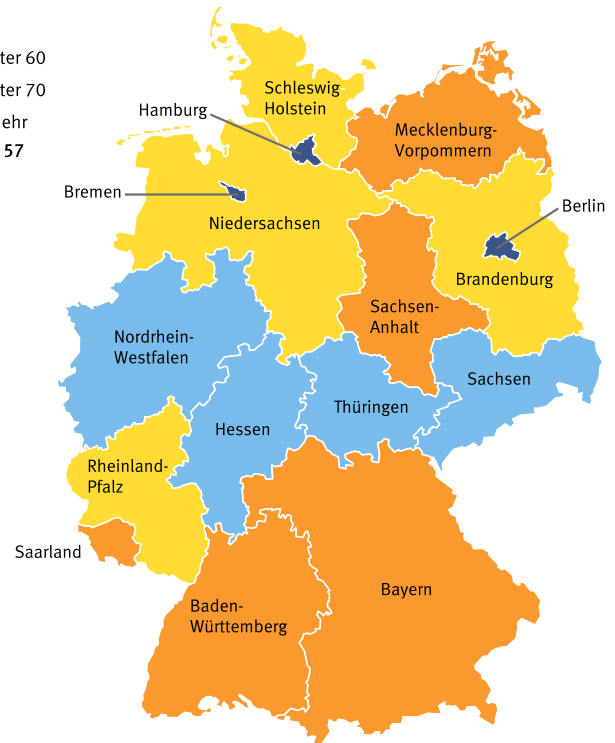
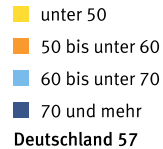
Die Berechnung erfolgt nach OECD-Standard. Um die Studienanfängerquote zu bilden, wird für jeden einzelnen Altersjahrgang der Bevölkerung der Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger berechnet. Diese Anteile werden zu einer Summe aufaddiert. Unabhängig von ihrem Alter fließen alle Studienanfängerinnen und Studienanfänger in die Studienanfängerquote ein (sog. „*Quotensummenverfahren*“).

Als regionale Bezugsgröße wird sowohl das Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung als auch das Land des Studienortes verwendet.

Studienanfängerquoten leicht gesunken

Im Jahr 2016 schrieben sich insgesamt 252 200 Studienanfänger und 257 600 Studienanfängerinnen erstmals an einer deutschen *Hochschule* ein. Das entspricht einer Studienanfängerquote nach Studienort von rund 57 %. Das bedeutet, dass im Jahr 2016 fast sechs von zehn Personen der altersspezifischen Bevölkerung ein Studium aufgenommen haben. Damit lag diese Quote um

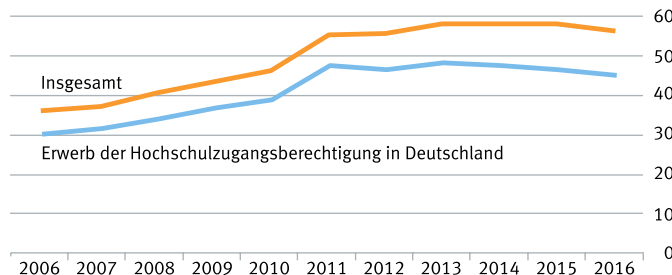
Studienanfängerquote nach Studienort 2016
in %



21 Prozentpunkte über der aus dem Jahr 2006. Der bisher höchste Wert für die Studienanfängerquote nach Studienort lag im Jahr 2013 bei rund 58 %.

Generell verzeichneten die Hochschulen in den letzten Jahren durch den allgemeinen Trend zur Höherqualifizierung, die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte, die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht und die steigende Zahl an ausländischen Studierenden deutlich mehr Studienanfängerinnen und Studienanfänger. Betrachtet man die Studienanfängerquote nur für die Personen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben, so lag dieser Wert 2016 mit rund 45 % um 15 Prozentpunkte über dem Stand des Jahres 2006, jedoch unter dem Höchststand von 49 % im Jahr 2013.

Studienanfängerquote
in %



Wesentliche Ursache für die in den letzten Jahren wieder leicht gesunkenen Studienanfängerquoten ist der nachlassende Effekt der verstärkten Abiturjahrgänge infolge der Umstellung auf die achtjährige Gymnasialzeit. Seit 2015 wuchs zudem durch die Aufnahme von Schutzsuchenden die altersentsprechende Bevölkerung stärker als die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger.

Studienanfängerquoten in Berlin, Bremen und Hamburg am höchsten

Bei der Studienanfängerquote nach Studienort belegten im Vergleich der Bundesländer im Jahr 2016 erneut die Stadtstaaten die ersten drei Ränge. Hier wurden relativ viele junge Menschen aus den Flächenländern und dem Ausland von den Studienmöglichkeiten sowie dem breiten Kultur- und Bildungsangebot in Bremen, Hamburg und insbesondere Berlin angezogen. Für Berlin errechnete sich sogar eine Studienanfängerquote von leicht über 100 %. Das bedeutet, dass 2016 etwa so viele Personen an Berliner Hochschulen ein Studium begannen, wie dort in der altersspezifischen Bevölkerung gemeldet waren. Bei den Flächenländern positionierten sich Thüringen (63 %), Sachsen (62 %) und Hessen (60 %) auf den Spitzenplätzen. Die niedrigsten Studienanfängerquoten verzeichneten Brandenburg mit 43 %, Niedersachsen mit 41 % und Schleswig-Holstein mit 35 %. •

2 Daten und Fakten zu Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen

2.1

Erstabsolventenquote

Die Erstabsolventenquote gibt an, wie hoch der Anteil der *Absolventinnen und Absolventen* eines Erststudiums an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Sie misst damit den realen Output der *Hochschulen* in Form von Absolventinnen und Absolventen, die einen akademischen Abschluss erworben haben.

Sie wird nach dem *Quotensummenverfahren* errechnet: Es wird zunächst für jeden Altersjahrgang der Bevölkerung der Anteil der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen berechnet. Diese Anteile werden zu einer Summe aufaddiert, so dass alle Altersjahrgänge in die Kennzahl eingehen.

Erstabsolventenquote liegt bei 31 %

Insgesamt erreichten 2016 rund 315 200 *Studierende* einen ersten Hochschulabschluss, davon 163 900 Frauen und 151 200 Männer. Die Erstabsolventenquote, die insgesamt bei 31 % lag, betrug 2016 für die Frauen 34 % und für die Männer 28 %.

Im Lauf der letzten zehn Jahre ist die Erstabsolventenquote vor allem infolge höherer Studienanfängerzahlen insgesamt deutlich angestiegen. Auch wenn nach dem bisherigen Höchstwert von 32 % in 2015 erstmals ein leichter Rückgang im Jahr 2016 (31 %) zu verzeichnen war, lag die Erstabsolventenquote noch um 9 Prozentpunkte höher als im Jahr 2006 (22 %). Während der zehn Jahre ist die Geschlechterdifferenz gestiegen: 2006 lag die Erstabsolventenquote der Frauen mit 23 % 2 Prozentpunkte über dem Wert der Männer (21 %). Bis zum Jahr 2016 ist dieser Abstand auf rund 5 Prozentpunkte angewachsen.

Erstabsolventinnen und Erstabsolventen

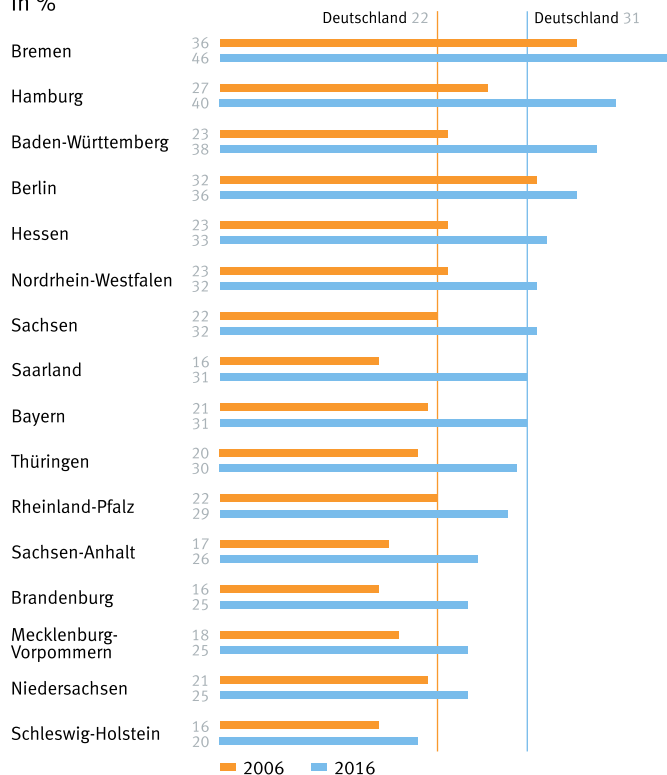
Prüfungsjahr	Erstabsolventinnen und Erstabsolventen	Erstabsolventenquote		
		insgesamt	männlich	weiblich
		%		
2006	220 782	22,2	21,3	23,2
2010	309 870	31,3	29,7	32,9
2014	313 796	31,7	30,2	33,2
2015	317 102	32,3	30,6	34,0
2016	315 168	30,8	28,2	33,7

Erstabsolventenquote steigt im Saarland am stärksten an

Im Vergleich der Bundesländer nahmen Bremen mit 46 %, Hamburg mit 40 % sowie Baden-Württemberg mit 38 % die ersten Ränge ein. Die beiden Stadtstaaten profitierten unter anderem relativ stark von zugewanderten Studierenden sowie von im Umland wohnenden Menschen, die in den Stadtstaaten ihre Erstabschlüsse erwarben. Die niedrigsten Erstabsolventenquoten wurden 2016 für Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen mit jeweils 25 % ermittelt.

Während in den letzten zehn Jahren die Erstabsolventenquote in Niedersachsen um 3 Prozentpunkte, in Berlin und Schleswig-Holstein um jeweils 4 Prozentpunkte und in Mecklenburg-Vorpommern um 7 Prozentpunkte anstieg, erhöhte sie sich im Saarland um rund 16 Prozentpunkte. Der Anstieg in Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland ist vor allem auf die Zunahme der *Studienanfängerinnen und Studienanfänger* aufgrund der doppelten Abiturjahrgänge in den Jahren 2008 und 2009 sowie der Aussetzung der Wehrpflicht und dem Wegfall des Zivildienstes im Sommer 2011 zurückzuführen. •

Erstabsolventenquote nach Bundesländern in %



2.2

Fach- und Gesamtstudiendauer

Die *Fachstudiendauer* gibt die Zahl der Fachsemester an, die bis zum bestandenen Erstabschluss in einem bestimmten Studiengang benötigt wurden. Die *Gesamtstudiendauer* bezieht sich auf die Zahl der Hochschulsemester, die insgesamt im Hochschulsystem verbracht wurden. Beide Kennzahlen sind Erfolgsindikatoren, die beschreiben, wie schnell die *Studierenden* in einzelnen Studiengängen zu einem Abschluss gelangen. Die Kennzahlen werden hier als *Median* ausgewiesen.

Die Studiendauer ist ein zentrales Thema in der hochschulpolitischen Diskussion, da der finanzielle Aufwand für ein Studium mit der Studiendauer steigt. Gleichzeitig führen Studienverkürzungen zu höheren individuellen Anforderungen und Belastungen. Darüber hinaus ist die Studiendauer neben dem Alter ein wichtiges Kriterium zur Beurteilung des Bildungsverlaufs bis zum Berufseinstieg.

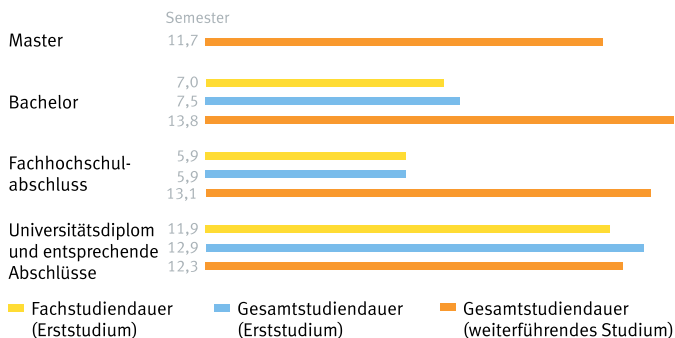
Die im Zuge der Bologna-Reform eingeführten gestuften Studienabschlüsse Bachelor und Master sind inzwischen etabliert. Gemäß den gemeinsamen Strukturvorgaben der Bundesländer von 2003 betragen die Regelstudienzeiten eines Vollzeitstudiums sechs, sieben oder acht Semester für Bachelorstudiengänge und vier, drei oder zwei Semester für Masterstudiengänge. Für *konsequente* Studiengänge liegt die Gesamtregelstudienzeit im Vollzeitstudium bei zehn Semestern.

In 7,0 Semestern zum Bachelor, in 11,7 Semestern zum Master

Die mittlere Fachstudiendauer (Median) der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen des Prüfungsjahrgangs 2016 betrug bei Bachelorabschlüssen im Mittel 7,0 Semester und bei universitären Abschlüssen 11,9 Semester. Mit 5,9 Semestern fiel die mittlere Fachstudiendauer für einen Fachhochschulabschluss am niedrigsten aus.

Studierende, die nach einer Abschlussprüfung weiter immatrikuliert bleiben, befinden sich in einem weiterführenden Studium. So benötigten Studierende für einen Masterabschluss, der ein Bachelorstudium weiterführt, eine mittlere Gesamtstudiendauer (einschließlich des Bachelorstudiums) von 11,7 Semestern.

Mittlere Fach- und Gesamtstudiendauer (Median) nach Abschlussarten 2016



Studiendauer bei Bachelor- und Masterabschlüssen gestiegen

Bei der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen fiel die jeweilige Studiendauer zunächst gering aus. Die mittlere Fachstudiendauer der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen des Prüfungsjahres 2006 betrug bei Bachelorabschlüssen 6,2 Semester, sank im Prüfungsjahr 2009 auf 5,9 Semester und wuchs daraufhin auf 7,0 Semester im Prüfungsjahr 2016 an. Damit benötigten Bachelorabsolventinnen und Bachelorabsolventen im Vergleich zum Prüfungsjahr 2006 rund ein Semester mehr Studienzeit.

Für einen Masterabschluss einschließlich des Bachelorabschlusses brauchten *Absolventinnen und Absolventen* im Prüfungsjahr 2006 eine Gesamtstudiendauer von 10,0 Semestern. Im Prüfungsjahr 2010 betrug die Gesamtstudiendauer 10,5 Semester und stieg im Prüfungsjahr 2016 auf 11,7 Semester an.

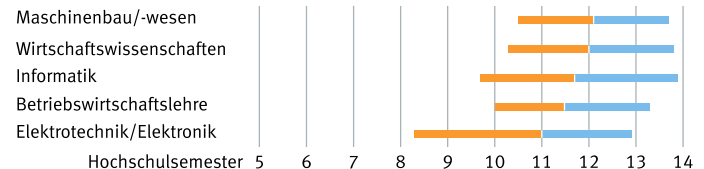
Studiendauer bei Studienfächern nah beieinander

Vergleicht man die mittleren Gesamtstudienzeiten von Masterabschlüssen in einigen *Studienfächern* mit hohen Absolventenzahlen, dann liegen diese maximal etwas mehr als ein Semester auseinander. So erwarben im Jahr 2016 Studierende im Fach Maschinenbau/-wesen einen Masterabschluss nach 12,1 Semestern, im Fach Elektrotechnik/Elektronik bereits nach 11,0 Semestern.

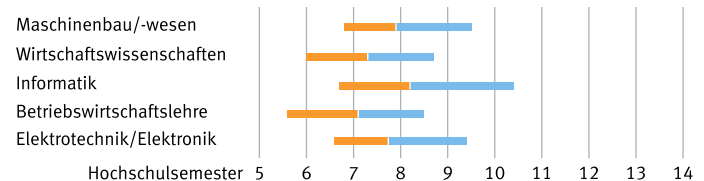
Auch die mittleren Gesamtstudienzeiten der Bachelorabschlüsse weichen bei ausgewählten Fächern maximal etwas mehr als ein Semester voneinander ab. Beispielsweise erlangten Erststudierende der Betriebswirtschaftslehre einen Bachelor nach 7,1 Semestern, im Fach Informatik nach 8,2 Semestern. Allerdings streut die Studiendauer teils erheblich bei den Studienfächern. •

Mittlere Gesamtstudiendauer (Median) 2016

Masterabschluss (Gesamtstudiendauer im weiterführenden Studium)



Bachelorabschluss (Gesamtstudiendauer im Erststudium)



Median
unteres Quartil oberes Quartil

2.3

Absolventinnen und Absolventen in der Regelstudienzeit

Die Kennzahl gibt an, wie hoch der Anteil der *Absolventinnen und Absolventen*, die ihr Studium innerhalb der Regelstudienzeit abgeschlossen haben, an allen Absolventinnen und Absolventen ist.

Die Regelstudienzeit eines Studiengangs ist in der Prüfungsordnung festgelegt und bestimmt die Anzahl von Semestern innerhalb derer ein Studiengang unter normalen Studienbedingungen abgeschlossen werden soll. Der Indikator zeigt, in welchem Umfang Studienstruktur und Lehrangebot an *Hochschulen* es den *Studierenden* erlauben, ihr Studium in der Regelstudienzeit zu beenden. Neben den Studienbedingungen an den Hochschulen wird die Studiendauer aber auch durch individuelle Faktoren (Finanzierung des Studiums, Kinderbetreuungszeiten, Vorbildung des Studierenden) beeinflusst.

Anteil der Absolventinnen und Absolventen innerhalb der Regelstudienzeit leicht rückläufig

Im Prüfungsjahr 2016 beendeten 439 000 Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen erfolgreich ein Erst-, Zweitstudium oder *konsekutives* Masterstudium. Für 420 800 von ihnen lagen Angaben zur Regelstudienzeit vor. Davon erwarben 37% der Absolventinnen und Absolventen des Jahres 2016 ihren Hochschulabschluss in der



Regelstudienzeit. Der Anteil der Hochschulabschlüsse innerhalb der Regelstudienzeit plus zwei Semester lag 2016 bei rund 79%.

Dabei verharrte der Anteil der Hochschulabschlüsse innerhalb der Regelstudienzeit plus zwei Semester in den Jahren 2014 und 2015 konstant bei 80%, nachdem er zwischen 2010 und 2014 um 5 Prozentpunkte angestiegen war. Im gleichen Zeitraum stieg

auch der Anteil der Absolventinnen und Absolventen, die ihr Hochschulstudium in der Regelstudienzeit abschlossen, um rund 1 Prozentpunkt auf 40 %. Dieser Anteil ist zwischen den Prüfungsjahren 2014 und 2016 wieder um 3 Prozentpunkte gesunken.

Der große Anteil Studierender, die ihren Abschluss nicht innerhalb der Regelstudienzeit erreichen, ist auch in Hinblick auf die Gewährung von staatlicher Unterstützung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) interessant. Die Förderungshöchstdauer entspricht grundsätzlich der Dauer der Regelstudienzeit und ist nur in bestimmten Ausnahmefällen über die Regelstudienzeit hinaus möglich.

Bachelor- und Masterabschlüsse innerhalb der Regelstudienzeit nach ausgewählten Studienbereichen 2016

Studienbereiche	Bachelorabschlüsse		Masterabschlüsse	
	innerhalb der Regelstudienzeit	Regelstudienzeit plus 2 Semester	innerhalb der Regelstudienzeit	Regelstudienzeit plus 2 Semester
	%			
Wirtschaftswissenschaften	44,1	86,1	32,0	87,4
Informatik	33,0	71,4	20,2	75,1
Maschinenbau	27,7	74,1	26,0	83,1
Psychologie	54,8	84,0	43,1	88,4
Alle Studienbereiche	40,3	81,1	28,6	82,5

Bremen und Thüringen Spitzenreiter bei Abschlüssen innerhalb der Regelstudienzeit

Der Anteil der Absolventinnen und Absolventen innerhalb der Regelstudienzeit variiert stark zwischen den Bundesländern. Während in Bremen mit 48 % und in Thüringen mit 47 % die Anteile der Abschlüsse in der Regelstudienzeit im Jahr 2016 weit über dem Bundesdurchschnitt von 37 % lagen, waren sie in Rheinland-Pfalz mit 28 %, in Sachsen-Anhalt mit 26 % und im Saarland mit 24 % deutlich geringer.

Bezogen auf den Anteil der Abschlüsse innerhalb der Regelstudienzeit plus zwei Semester lagen die Ergebnisse für Bayern mit 87 % sowie Thüringen und Baden-Württemberg mit jeweils 86 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 79 %. »

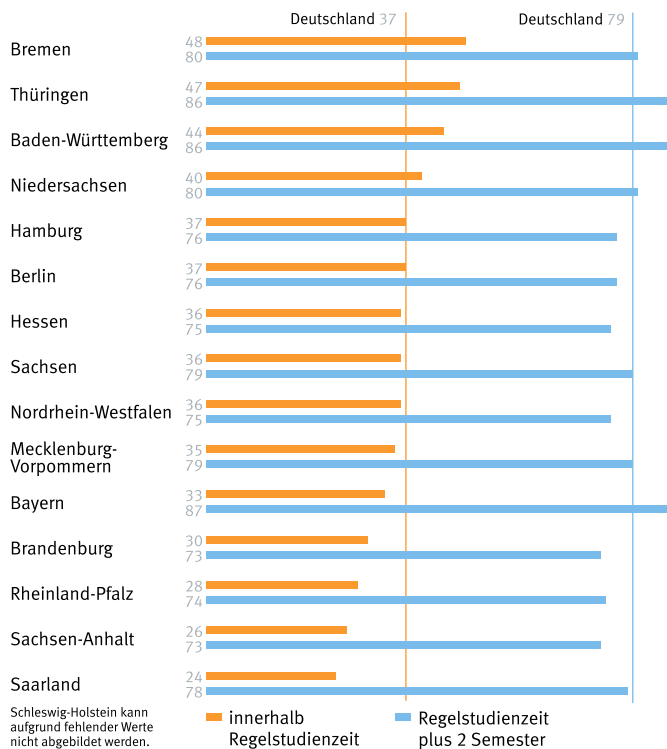
2 Daten und Fakten zu Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen

In Psychologie und Wirtschaftswissenschaften hoher Anteil von Abschlüssen in Regelstudienzeit

Bundesweit lag 2016 der Anteil der Absolventinnen und Absolventen, die ihren Bachelorabschluss innerhalb der Regelstudienzeit erworben haben, bei rund 40 %. Masterabschlüsse wurden dagegen mit 29 % seltener innerhalb der Regelstudienzeit abgeschlossen.

Im Vergleich einiger Studienbereiche mit hohen Absolventenzahlen verzeichneten Psychologie mit 55 % und Wirtschaftswissenschaften mit 44 % die höchsten Anteile an Bachelorabschlüssen innerhalb der Regelstudienzeit. Bei Masterabschlüssen wies der Studienbereich Psychologie mit 43 % den höchsten Anteil an Abschlüssen in der Regelstudienzeit auf, gefolgt von Wirtschaftswissenschaften mit 32 % und Maschinenbau/Verfahrenstechnik mit 26 %. •

Absolventinnen und Absolventen in der Regelstudienzeit 2016 in %





2 Daten und Fakten zu Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen

2.4

Alter der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen

Die Kennzahl gibt Auskunft über das Alter von Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen beim Erreichen des ersten akademischen Abschlusses. Die Kennzahl wird hier als *Median* ausgewiesen.

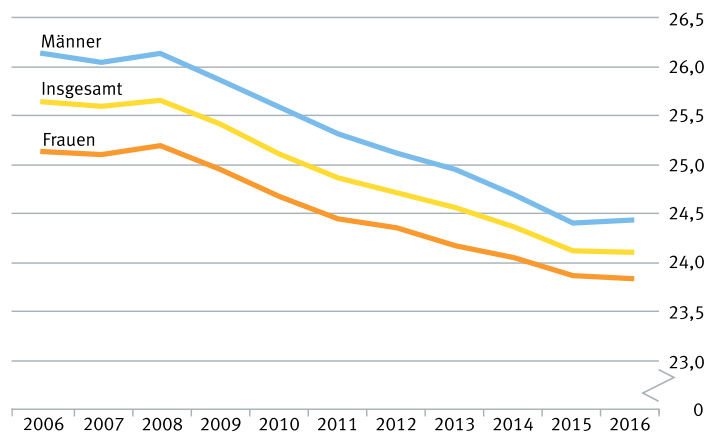
Aufgrund der demografischen Entwicklung begünstigt ein niedriges Alter der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen die Deckung des Arbeitskräftebedarfs. Das Alter von Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen wird auch als ein Indikator für die Effizienz des Bildungswesens angesehen.

Durchschnittliches Alter der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen bei 24 Jahren

Das mittlere Alter (Median) von Erstabsolventinnen und Erstabsolventen lag 2016 bei 24,1 Jahren und damit 1,5 Jahre unter dem Wert von 2006. Gründe für diesen Rückgang sind frühere Einschulungstermine, die Verkürzung von Wehr- und Ersatzdienstzeiten bis zur Aussetzung der Wehrpflicht und dem Wegfall des Zivildienstes seit Sommer 2011, jüngere *Studienanfängerinnen und Studienanfänger* durch die G8-Reform und die Etablierung von Bachelorabschlüssen im Zuge der *Bologna-Reform*.

Insbesondere die Einführung von Bachelorstudiengängen, die einen ersten Hochschulabschluss in kürzerer Zeit ermöglichen, hat das Durchschnittsalter der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen gesenkt.

Mittleres Alter (Median) der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen



Die jüngsten Absolventinnen und Absolventen beim Bachelorabschluss

Das Durchschnittsalter der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen betrug 2016 bei Bachelorabschlüssen im Mittel 23,7 Jahre, bei Fachhochschulabschlüssen 25,3 Jahre und bei universitären Abschlüssen 26,0 Jahre. *Absolventinnen und Absolventen* eines Masterstudiums, bei dem es sich grundsätzlich nicht um ein Erst-, sondern um ein weiterführendes Studium handelt, waren im Mittel 26,2 Jahre alt.

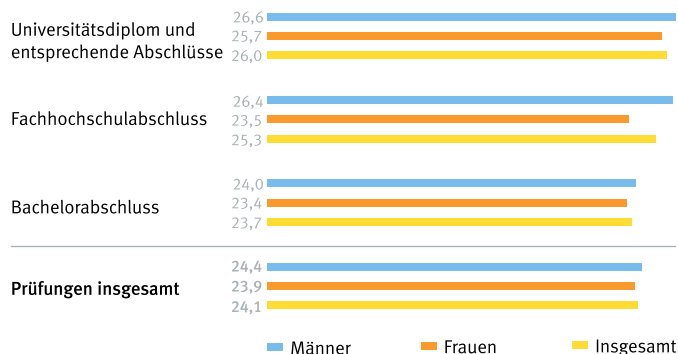
Das mittlere Alter der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen mit Fachhochschulabschlüssen und universitären Abschlüssen wird unter anderem dadurch beeinflusst, dass die Absolventenzahlen bei diesen Abschlussarten stark rückläufig sind und die verbliebenen *Studierenden* der entsprechenden Studiengänge tendenziell ein höheres Alter aufweisen.

Geringer Altersunterschied zwischen männlichen und weiblichen Erstabsolventen

Frauen schlossen im Jahr 2016 ihr Erststudium mit einem mittleren Alter von 23,9 Jahren ab. Männliche Erstabsolventen waren hingegen mit 24,4 Jahren rund sieben Monate älter als ihre Kommilitoninnen. Der Altersunterschied zwischen den Erstabsolventinnen und Erstabsolventen lag im Jahr 2006 noch bei einem Jahr und verringerte sich bis zum Jahr 2015 auf ein halbes Jahr.

Bachelorabsolventinnen waren mit einem Durchschnittsalter von 23,4 Jahren am jüngsten. Das Alter ihrer männlichen Kommilitonen betrug beim Bachelorabschluss im Durchschnitt 24,0 Jahre. Während der Altersunterschied zwischen Frauen und Männern beim universitären Abschluss gut elf Monate betrug, waren beim Abschluss eines Masterstudiums Frauen mit einem Durchschnittsalter von 25,9 Jahren rund sieben Monate jünger als ihre männlichen Kommilitonen. Absolventinnen mit einem Fachhochschulabschluss waren im Jahr 2016 bei abgeschlossener Prüfung fast drei Jahre jünger als die männlichen Absolventen. •

Mittleres Alter (Median) der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen nach Abschlussarten 2016



3 Personalstruktur, Betreuung und Effektivität

3.1

Betreuungsrelation

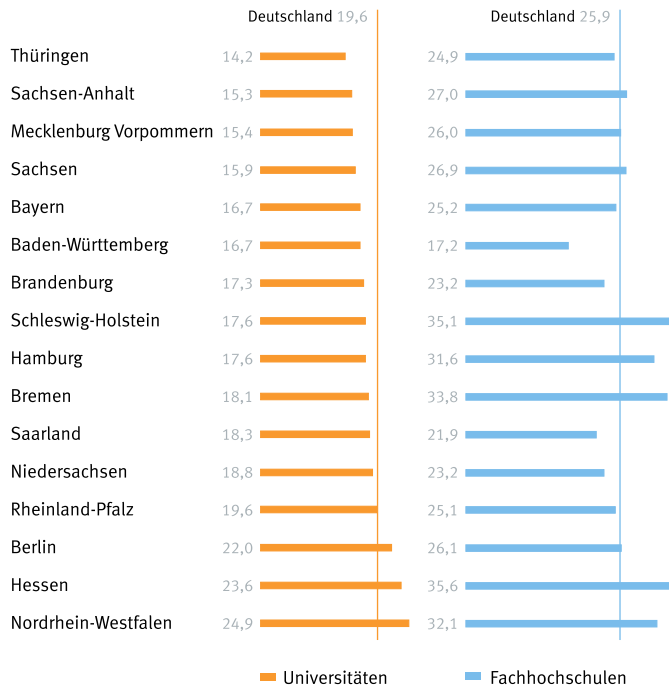
Die Kennzahl beschreibt das zahlenmäßige Verhältnis von *Studierenden* zum *wissenschaftlichen und künstlerischen Personal in Vollzeitäquivalenten* ohne durch *Drittmittel* finanziertes Personal. Das wissenschaftliche Personal nimmt neben der Betreuung von Studierenden in unterschiedlichem Umfang auch Aufgaben auf dem Gebiet der Forschung und im Bereich der Humanmedizin in der Krankenbehandlung wahr.

Die Betreuungsrelation wird häufig als ein Indikator für die Studienbedingungen und die Ausbildungsqualität herangezogen.

Zahl der Studierenden je Lehrperson weiter angestiegen

Das wissenschaftliche und künstlerische Personal an deutschen *Hochschulen* und Hochschulkliniken umfasste ohne durch *Drittmittel* finanziertes Personal im Jahr 2016 insgesamt 166 300 Vollzeitäquivalente. Davon waren 85 % dem hauptberuflichen und 15 % dem nebenberuflichen Personal zuzuordnen. Damit entfielen im Jahr 2016 rund 16,9 Studierende auf eine rechnerische Vollzeitstelle des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals. Die Betreuungsrelation sank zunächst zwischen 2006 (15,5) und 2009 (15,2), stieg aber seitdem stetig an. Grund dafür ist, dass die Zahl des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals im geringeren Maße stieg als die Studierendenzahl.

Betreuungsrelation (ohne Humanmedizin) nach Hochschularten und Bundesländern 2016



Ungünstigste Betreuungsrelation bei den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

In ausgewählten *Fächergruppen* fiel die Entwicklung unterschiedlich aus. Sie hat sich vor allem in den Ingenieurwissenschaften aufgrund der stark gestiegenen Studierendenzahlen deutlich verschlechtert. Trotz einer leichten Verbesserung der Betreuungsrelation in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gegenüber 2006, entfielen 2016 rechnerisch 28,4 Studierende auf ein Vollzeitäquivalent. Die Fächergruppe Humanmedizin (einschließlich Gesundheitswissenschaften) hat aufgrund der personalintensiven Leistungen im Bereich der Krankenbehandlung mit Abstand die günstigste Betreuungsrelation. So entfielen hier 2016 nur 4,1 Studierende auf ein Vollzeitäquivalent.

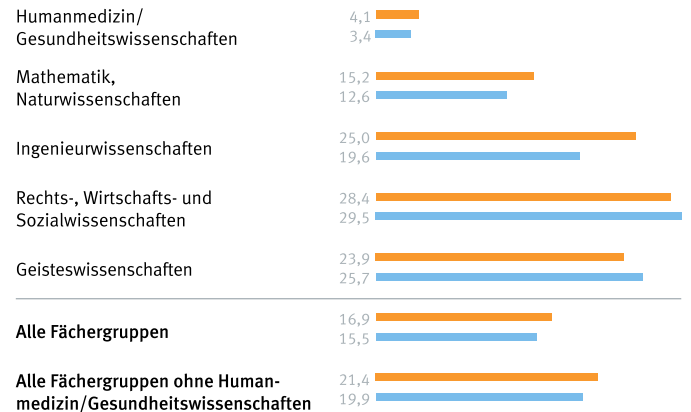
Beste Betreuungsrelation an Hochschulen in Thüringen

Die Unterschiede der Betreuungsrelationen sind teilweise auf die landesspezifischen Fächerstrukturen zurückzuführen. Daher wird beim Ländervergleich die Fächergruppe Humanmedizin (einschließlich Gesundheitswissenschaften) nicht mit einbezogen, da es ein entsprechendes Angebot nicht in jedem Bundesland gibt. In dieser Abgrenzung hat sich für Thüringen mit einem Wert von 16,4 die günstigste Betreuungsrelation insgesamt an deutschen Hochschulen ergeben, gefolgt von Baden-Württemberg (17,0) und Sachsen (17,7). Der Bundesdurchschnitt lag bei 21,4.

2016 wiesen länderübergreifend Universitäten mit 19,6 eine günstigere Betreuungsrelation auf als Fachhochschulen (25,9). An den Universitäten verzeichnete im Jahr 2016 Thüringen mit 14,2 und an den Fachhochschulen Baden-Württemberg mit 17,2 die beste Betreuungsrelation. •

Betreuungsrelation an Hochschulen in ausgewählten Fächergruppen

Studierende je Vollzeitäquivalent wissenschaftlichen und künstlerischen Personals



Berechnung gemäß inhaltlicher Abgrenzung der Fächergruppen in 2016.

■ 2016
■ 2006

3 Personalstruktur, Betreuung und Effektivität

3.2

Erst- und Gesamtausbildungsquote

Die Erstausbildungsquote weist die Anzahl der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen im Verhältnis zum *wissenschaftlichen und künstlerischen Personal in Vollzeitäquivalenten* ohne drittmittelfinanziertes Personal aus. Die Gesamtausbildungsquote misst das entsprechende Verhältnis für die *Absolventinnen und Absolventen* insgesamt (Erstabsolventinnen und Erstabsolventen, Absolventinnen und Absolventen weiterführender Studiengänge und Promotionen).

Die Kennzahlen messen den „Output“ an Absolventinnen und Absolventen in Abhängigkeit von den verfügbaren personellen Ressourcen und sind damit Indikatoren für die Leistungsfähigkeit und Effektivität der *Hochschulen*.

Bei der Interpretation dieser Kennzahl ist zu berücksichtigen, dass ein hoher und damit für *Studierende* generell ungünstiger Wert der Betreuungsrelation eine tendenziell höhere Erstausbildungsquote erwarten lässt. So können beide Indikatoren nur zusammen mit einer zeitlichen Betrachtung in eine umfassende Bewertung einfließen.



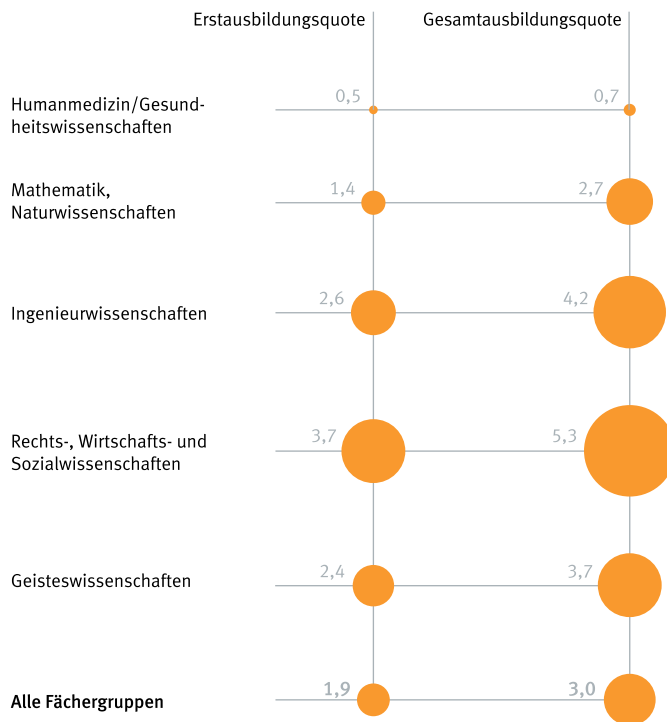
Erst- und Gesamtausbildungsquote insgesamt gestiegen

Im Jahr 2016 entfielen 1,9 Erstabsolventinnen und Erstabsolventen auf eine rechnerische Vollzeitstelle des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals. Gegenüber dem Jahr 2006 (1,7) ist die Erstausbildungsquote um 0,2 gestiegen. In den einzelnen Fächergruppen ergaben sich nicht nur teils deutlich abweichende Quoten für 2016, sondern auch unterschiedliche Entwicklungen seit 2006. Die geringste Erstausbildungsquote wurde 2016 mit 0,5 für die Fächergruppe Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften, die höchste mit 3,7 in Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

berechnet. Mit 2,6 war die Erstausbildungsquote auch bei den Ingenieurwissenschaften überdurchschnittlich. Hier war gleichzeitig infolge der deutlichen Zunahme der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen mit 0,4 der Anstieg gegenüber 2006 am höchsten. In den Fächergruppen Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Veterinärmedizin sowie Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften blieben die Erstausbildungsquoten dagegen im Zehnjahresvergleich nahezu unverändert. In den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften lag die Quote 2016 um 0,1 niedriger als in 2006.

Die Gesamtausbildungsquote, in die auch die Masterabschlüsse einfließen, hat sich in den letzten zehn Jahren stetig erhöht. Während im Jahr 2006 insgesamt 2,1 Absolventinnen und Absolventen auf eine rechnerische Vollzeitstelle entfielen, waren es 3,0 Absolventinnen und Absolventen im Jahr 2016. Im gleichen Zeitraum hat sich die Gesamtausbildungsquote an Universitäten von 1,7 auf 2,4 und an Fachhochschulen von 3,9 auf 4,7 erhöht. Durch die Studienstruktureform und die damit einhergehende steigende Anzahl mehrstufiger Abschlüsse lag die Gesamtausbildungsquote im Jahr 2016 im Vergleich zu 2006 in allen Fächergruppen höher. »

Erst- und Gesamtausbildungsquote in ausgewählten Fächergruppen 2016



3 Personalstruktur, Betreuung und Effektivität

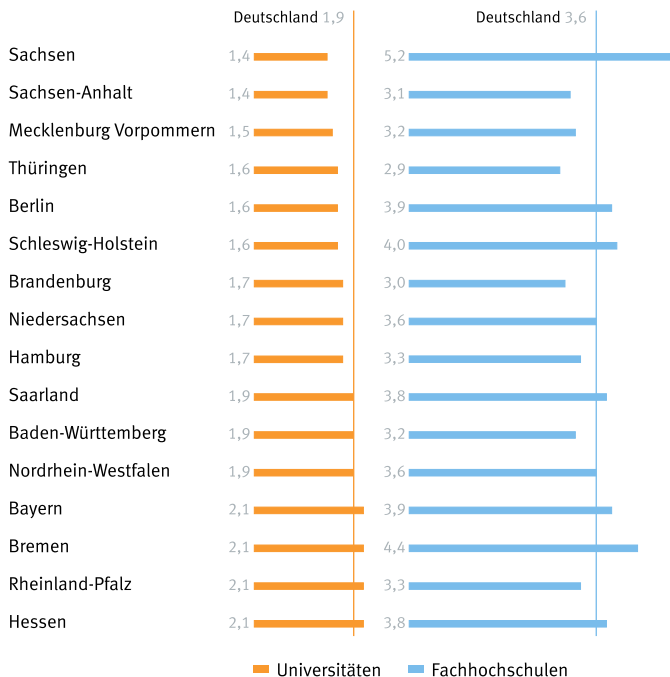
Hessen, Bremen und Bayern mit den höchsten Erstausbildungsquoten an deutschen Hochschulen

Die Ausbildungsquoten werden stark von Hochschul- und Fächerstrukturen beeinflusst. So lag die Erstausbildungsquote an Universitäten 2016 bei 1,9, an Fachhochschulen aber bei 3,6. Da nicht alle Bundesländer über medizinische Fakultäten verfügen, wird die Humanmedizin beim Ländervergleich nicht berücksichtigt.

Im Ländervergleich der Erstausbildungsquoten (ohne Humanmedizin) an Universitäten lagen 2016 Hessen, Rheinland-Pfalz, Bremen und Bayern mit jeweils 2,1 an der Spitze. Die Universitäten in Sachsen-Anhalt und Sachsen verzeichneten 2016 jeweils eine Erstausbildungsquote von 1,4. Bei den Fachhochschulen lagen die Erstausbildungsquoten zwischen 5,2 (Sachsen) und 2,9 (Thüringen). •

Erstausbildungsquote (ohne Humanmedizin) nach Hochschulart und Bundesländern 2016

Erstabsolventinnen und Erstabsolventen je Vollzeitäquivalent wissenschaftlichen und künstlerischen Personals





3 Personalstruktur, Betreuung und Effektivität

3.3

Anteil der unbefristeten Vollzeitbeschäftigten am wissenschaftlichen und künstlerischen Personal

Die Kennzahl gibt den Anteil der unbefristet angestellten Vollzeitbeschäftigten am *wissenschaftlichen und künstlerischen Personal* insgesamt an.

Sie informiert über die Entwicklung der Beschäftigungsstruktur und -verhältnisse des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an deutschen Hochschulen und liefert damit einen Hinweis auf die beruflichen Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses an deutschen *Hochschulen*.

17 % des wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonals in unbefristeter Vollzeitbeschäftigung

Im Jahr 2016 waren 386 800 Personen im wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich an deutschen Hochschulen tätig. Hiervon waren rund 66 100 (17%) in einem unbefristeten Vollzeitbeschäftigungsverhältnis.

In den letzten zehn Jahren ist der Anteil der unbefristeten Vollzeitbeschäftigten am wissenschaftlichen und künstlerischen Personal um rund 6 Prozentpunkte gesunken. Im Jahr 2006 waren mit 56 800 Personen noch 23 % des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals in unbefristeter Vollzeitbeschäftigung.

Der Anteil der Frauen in unbefristeter Vollzeitbeschäftigung weicht deutlich vom Anteil der Männer ab. 11 % der Frauen (16 500), aber 21 % der Männer (49 700) waren 2016 unbefristet in Vollzeit beschäftigt. Im Jahr 2006 lagen die Anteile mit 13 % (Frauen) bzw. 27 % (Männer) noch über den Werten von 2016.

Ausgewählte Personalgruppen 2016

Personalgruppe	Insgesamt	Unbefristete Vollzeitbeschäftigung		
		insgesamt	männlich	weiblich
		%		
Professorinnen und Professoren	46 835	81	84	72
Dozentinnen und Dozenten, Assistentinnen und Assistenten	3 399	27	31	21
Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	182 129	13	16	8
Lehrkräfte für besondere Aufgaben	10 035	42	50	34

Unbefristete Vollzeitbeschäftigung bei Professorinnen und Professoren am häufigsten

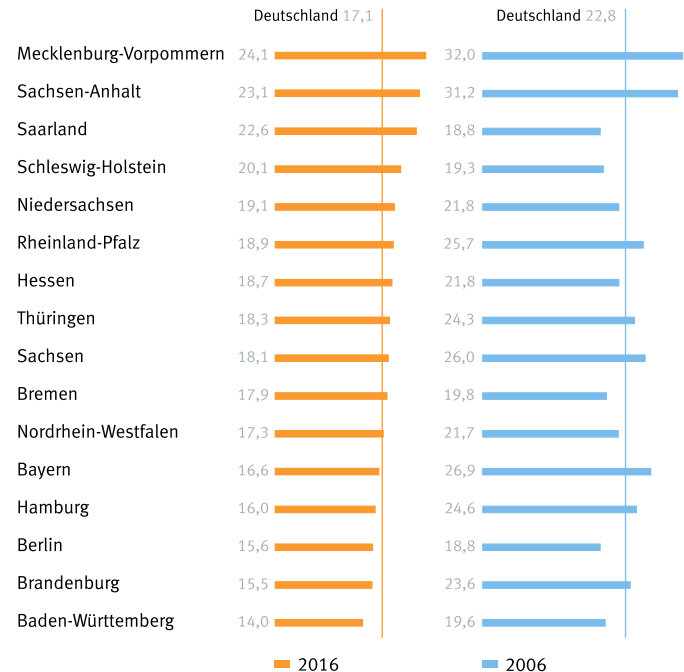
Gut acht von zehn Professorinnen und Professoren waren im Jahr 2016 ohne Befristung vollzeitbeschäftigt. Den geringsten Anteil an unbefristeten Vollzeitbeschäftigten gab es 2016 mit nur 13 % in der Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In allen Personalgruppen hatten Frauen deutlich seltener eine unbefristete Vollzeitbeschäftigung als Männer.

Baden-Württemberg mit dem niedrigsten Anteil an unbefristeten Vollzeitbeschäftigten

Beim Ländervergleich ist zu berücksichtigen, dass unterschiedliche Hochschulstrukturen und Unterschiede bei den Drittmiteleinwerbungen das Beschäftigungsverhältnis des Hochschulpersonals beeinflussen.

Elf Bundesländer lagen im Jahr 2016 über dem Bundesdurchschnitt von rund 17 %. In Mecklenburg-Vorpommern war der Anteil der unbefristeten Vollzeitbeschäftigten im Jahr 2016 mit 24 % am höchsten, gefolgt von Sachsen-Anhalt sowie dem Saarland mit jeweils rund 23 %. Den niedrigsten Anteil wies Baden-Württemberg mit 14 % auf. •

Anteil der unbefristeten Vollzeitbeschäftigten am wissenschaftlichen und künstlerischen Personal nach Bundesländern in %



3 Personalstruktur, Betreuung und Effektivität

3.4

Anteil des drittmittelfinanzierten Personals am wissenschaftlichen und künstlerischen Personal

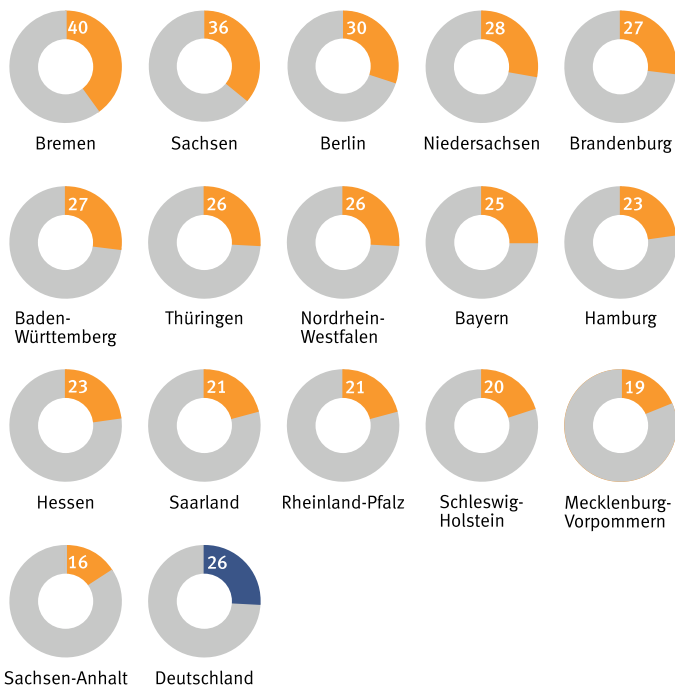
Die Kennzahl gibt den Anteil des drittmittelfinanzierten Personals am *wissenschaftlichen und künstlerischen Personal* insgesamt in *Vollzeitäquivalenten* an. *Drittmittel* sind Mittel, die die Hochschulen zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre zusätzlich zum regulären Hochschulhaushalt (Grundausrüstung) von öffentlichen oder privaten Stellen einwerben. Die Kennzahl wird in Vollzeitäquivalenten berechnet, da das finanzierbare Arbeitszeitvolumen vom Umfang der eingeworbenen Drittmittel abhängt.

Anteil des drittmittelfinanzierten Personals gestiegen

Im Jahr 2016 stand den deutschen Hochschulen im wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich ein Arbeitsvolumen von 225 000 Vollzeitbeschäftigten zur Verfügung. Davon wurden 26 % durch Drittmittel finanziert. Im Jahr 2006 lag dieser Anteil bei 20 %.

Bezogen auf das hauptberufliche wissenschaftliche und künstlerische Personal war der Anteil der drittmittelfinanzierten Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) 2016 mit 28 % (55 100) rund 7 Prozentpunkte höher als 2006. Beim nebenberuflichen Personal stieg der Anteil der drittmittelfinanzierten Beschäftigten im gleichen Zeitraum um rund 5 Prozentpunkte und erreichte 12 % (3 500) im Jahr 2016.

Drittmittelfinanziertes wissenschaftliches und künstlerisches Personal 2016
in %



Professorinnen und Professoren am seltensten drittmittelfinanziert

Der Anteil des drittmittelfinanzierten Personals war 2016, gerechnet in Vollzeitäquivalenten, bei den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit rund 37 % am höchsten. Der entsprechende Drittittelanteil bei den wissenschaftlichen Hilfskräften lag bei 31 %. Von den Dozentinnen und Dozenten bzw. Assistentinnen und Assistenten waren rund 11 % drittmittelfinanziert. Mit einem Anteil von rund 4 % wurden 2016 Professorinnen und Professoren am seltensten über Drittmittel finanziert.

Höchste Anteile an drittmittelfinanziertem Personal in Bremen

Die Anteile des drittmittelfinanzierten Personals variierten 2016 aufgrund unterschiedlicher Drittittelvolumen, finanzieller Grundausstattungen sowie unterschiedlicher Hochschul- und Fächerstrukturen deutlich zwischen den Bundesländern (siehe Kennzahl 5.3).

Im Vergleich zum Jahr 2006 sind die Anteile des drittmittelfinanzierten wissenschaftlichen und künstlerischen Personals (Vollzeitäquivalente) in allen Bundesländern gestiegen. In Bremen wurden 2016 mit einem Anteil von 40 % die meisten Personen im wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich über Drittmittel finanziert, gefolgt von Sachsen mit 36 %. Die geringsten Anteile an drittmittelfinanziertem Personal wiesen 2016 Sachsen-Anhalt mit 16 %, Mecklenburg-Vorpommern mit 19 % sowie Schleswig-Holstein mit 20 % auf. •

Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal in Vollzeitäquivalenten 2016

Personalgruppe	Vollzeitäquivalente	Finanzierung aus Drittmitteln	
	Anzahl		%
Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	140 297	52 515	37
Wissenschaftliche Hilfskräfte	8 686	2 694	31
Dozentinnen und Dozenten, Assistentinnen und Assistenten	2 956	333	11
Professorinnen und Professoren	45 125	1 845	4
Insgesamt¹	225 000	58 669	26

¹ Inklusive Lehrkräfte für besondere Aufgaben, Lehrbeauftragte und Gastprofessorinnen und Gastprofessoren, Emeriti.

4 Überregionale Attraktivität deutscher Hochschulen

4.1

Wanderungssaldo der Studienanfängerinnen und Studienanfänger

Der Wanderungssaldo bringt das Mengenverhältnis zwischen zu- und abwandernden *Studienanfängerinnen und Studienanfängern* in den Bundesländern zum Ausdruck. Er ist ein Indikator für die überregionale Attraktivität der Hochschulstandorte bei Studienanfängerinnen und Studienanfängern.

Beim Wanderungssaldo werden nur Personen berücksichtigt, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben. Der Wanderungssaldo fällt für ein bestimmtes Bundesland positiv bzw. negativ aus, wenn die Zahl der zugewanderten Studienanfängerinnen und Studienanfänger, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in einem der anderen Bundesländer erworben haben, größer bzw. kleiner ist als die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im betreffenden Bundesland erworben haben, aber zur Aufnahme des Studiums in ein anderes Bundesland abgewandert sind.

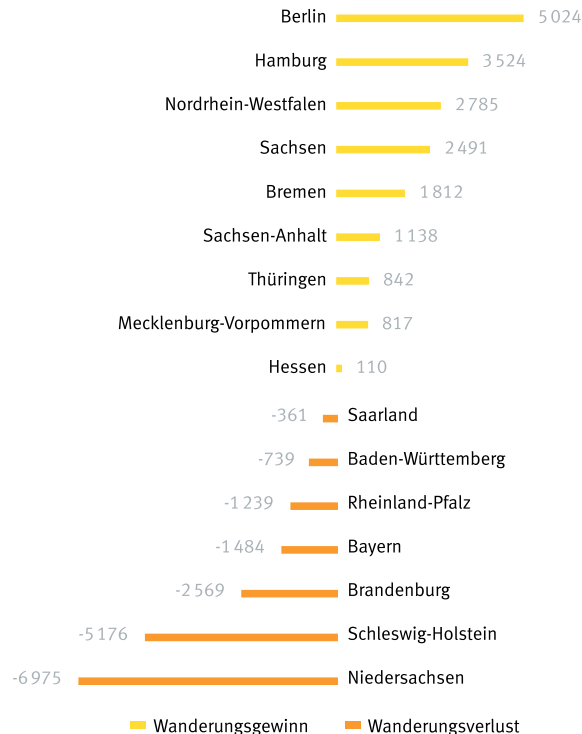
Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen bei Studienanfängerinnen und Studienanfängern besonders beliebt

Berlin, das sich seit 2008 einer jährlich gestiegenen Beliebtheit erfreut, wies 2016 mit gut 5 000 Erstimmatrikulierten den höchsten Wanderungsgewinn auf. Dahinter folgten Hamburg (+ 3 500), Nordrhein-Westfalen (+ 2 800) und Sachsen (+ 2 500).

Die höchsten Wanderungsverluste bei den Studienanfängerinnen und Studienanfängern hatten im Studienjahr 2016 Niedersachsen (- 7 000) und Schleswig-Holstein (- 5 200) mit ihrer räumlichen Nähe zu den Wanderungsgewinnern Hamburg und Bremen. Zudem hat in Schleswig-Holstein der doppelte Abiturjahrgang in 2016 zu mehr *Studienberechtigten* geführt und dadurch den Wanderungssaldo zusätzlich verschlechtert. Hessen wies dagegen im Studienjahr 2016 erstmals seit den verstärkten Abiturjahrgängen von 2012 bis 2014 und den einhergehenden Wanderungsverlusten wieder leichte Wanderungsgewinne aus (+ 100).

Während Berlin und Hamburg bei den Studienanfängerinnen und Studienanfängern gleichermaßen die ersten beiden Plätze in der Beliebtheitsskala belegten, lag bei den Männern Sachsen auf Rang 3 und Nordrhein-Westfalen auf Rang 4. Nicht nur Sachsen war 2016 beliebter bei den Männern. Baden-Württemberg verzeichnete trotz negativem Gesamtsaldo (- 700) bei den Männern einen Wanderungsgewinn von 600.

Wanderungssaldo der Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Studienjahr 2016



Brandenburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und das Saarland regelmäßig mit Wanderungsverlusten

Bei einem Ländervergleich über den Zeitraum 2006 bis 2016 wird deutlich, dass nur die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg stets Wanderungsgewinne aufwiesen. Brandenburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und das Saarland hatten in diesem Zeitraum regelmäßig Wanderungsverluste zu verzeichnen. Alle anderen Bundesländer wechselten über die Jahre hinweg teils mehrfach zwischen positiven und negativen Wanderungssalden.

Bei der Interpretation der Wanderungssalden ist zu bedenken, dass diese dem Einfluss zeitlich begrenzter Ereignisse unterliegen, wie beispielsweise den verstärkten Abiturjahrgängen zwischen 2007 und 2016 oder der Existenz von Studiengebühren, die in einzelnen Ländern bis 2014 noch erhoben wurden. Darüber hinaus können Veränderungen im Wanderungssaldo das Ergebnis ganz unterschiedlicher Szenarien sein: Sinkt etwa der Wanderungssaldo eines Bundeslandes, kann dies beispielsweise an einer sich abschwächenden Zuwanderung liegen oder auch darauf zurückzuführen sein, dass der Zustrom zwar weitgehend konstant geblieben ist, aber das betreffende Bundesland eine stark gestiegene Zahl Studienberechtigter hervorgebracht hat, die in anderen Bundesländern das Studium aufgenommen haben. •

4 Überregionale Attraktivität deutscher Hochschulen

4.2

Wanderungssaldo der Studierenden

Der Wanderungssaldo bringt das Mengenverhältnis zwischen zu- und abwandernden *Studierenden* in den Bundesländern zum Ausdruck. Er ist ein Indikator für die überregionale Attraktivität der Hochschulstandorte bei den Studierenden. Anhand der Wanderungsbilanz wird außerdem deutlich, in welchem Ausmaß die Bundesländer Bildungsleistungen für Studierende erbringen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in anderen Ländern erworben haben.

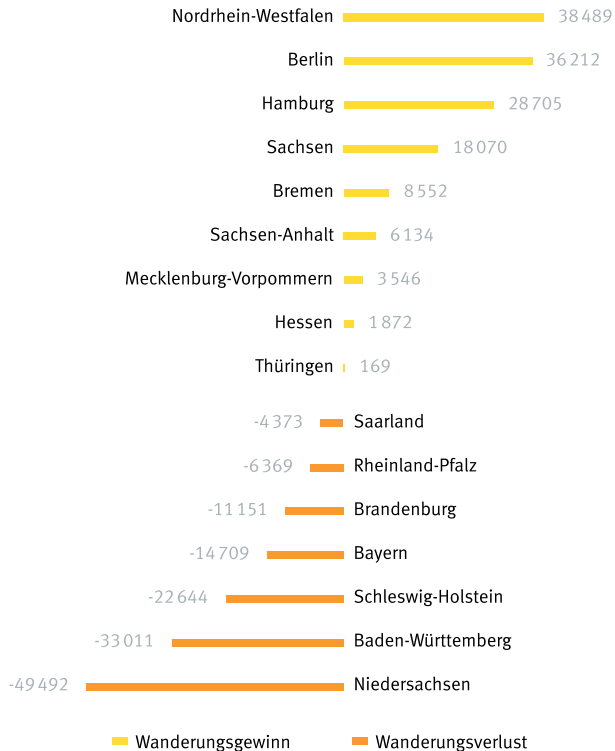
Beim Wanderungssaldo werden nur Studierende berücksichtigt, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben. Der Wanderungssaldo fällt für ein bestimmtes Bundesland positiv bzw. negativ aus, wenn die Zahl der zugewanderten Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in einem der anderen Bundesländer erworben haben, größer bzw. kleiner ist als die Zahl der Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im betreffenden Bundesland erworben haben, aber zum Studieren in ein anderes Bundesland abgewandert sind.

Niedersachsen mit den höchsten absoluten Wanderungsverlusten

Nordrhein-Westfalen (Wanderungssaldo + 38 500), Berlin (+ 36 200) und Hamburg (+ 28 700) waren im Wintersemester 2016/2017 zum wiederholten Male die Bundesländer mit den höchsten positiven Wanderungssalden bei den Studierenden. In Nordrhein-Westfalen haben damit die Wanderungsgewinne ihren bisherigen Höchstwert erreicht. Im Wintersemester 2016/2017 konnten außerdem Sachsen-Anhalt mit 6 100 Studierenden, Mecklenburg-Vorpommern mit 3 500 Studierenden und erstmalig Thüringen mit rund 170 Studierenden ihre bisher größten Wanderungsgewinne erzielen.

Die höchsten Wanderungsverluste bei den Studierenden hatten im Wintersemester 2016/2017 Niedersachsen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. In Niedersachsen lag die Netto-Abwanderung bei 49 500 Studierenden. In Baden-Württemberg erreichten die Wanderungsverluste im Wintersemester 2016/2017 mit 33 000 Studierenden einen neuen Höchststand, nachdem sie durch die Umwandlung der Berufsakademien in Hochschulen für das Wintersemester 2008/2009 stark zurückgegangen waren. Auch in Schleswig-Holstein ist der Wanderungsverlust im Vergleich zu den Vorjahren weiter gestiegen und erreichte im Wintersemester 2016/2017 mit rund 22 600 Studierenden auch aufgrund des doppelten Abiturjahrgangs einen neuen Höchststand.

Wanderungssaldo der Studierenden im Wintersemester 2016/17



Werden die Wanderungssalden nicht absolut, sondern bezogen auf die jeweilige Studierendenzahl des Landes gemessen, war 2016 Schleswig-Holstein der größte Wanderungsverlierer und Hamburg der größte Wanderungsgewinner.

Stadtstaaten, Nordrhein-Westfalen und Sachsen verzeichnen konstant Wanderungsgewinne

Über den gesamten Zeitraum von 2006 bis 2016 wiesen nur die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg sowie die Flächenländer Nordrhein-Westfalen und Sachsen stets Wanderungsgewinne auf. Baden-Württemberg, Brandenburg, Niedersachsen, das Saarland und Schleswig-Holstein hatten in diesem Zeitraum dagegen durchgehend Wanderungsverluste zu verzeichnen. Die anderen Bundesländer wechselten über die Jahre hinweg teils mehrfach zwischen positiven und negativen Wanderungssalden.

Bei der Interpretation der Wanderungssalden ist zu bedenken, dass die Hochschulstatistik keine Informationen über die Motive der Studierenden für die Hochschulwahl liefert. Fächerangebot, Studienplatzkapazitäten, Wohnortnähe, Studienbedingungen, aber auch die Lebensqualität der Hochschulstandorte und in der Vergangenheit allgemeine Studiengebühren sind hier als wichtige Kriterien für die Wahl der Hochschule und des Hochschulortes zu nennen. •

4 Überregionale Attraktivität deutscher Hochschulen

4.3

Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an den Studierenden

Die Kennzahl misst den Anteil ausländischer *Studierender*, die ihre Hochschulreife außerhalb Deutschlands erworben haben (sogenannte *Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer*), an allen Studierenden.

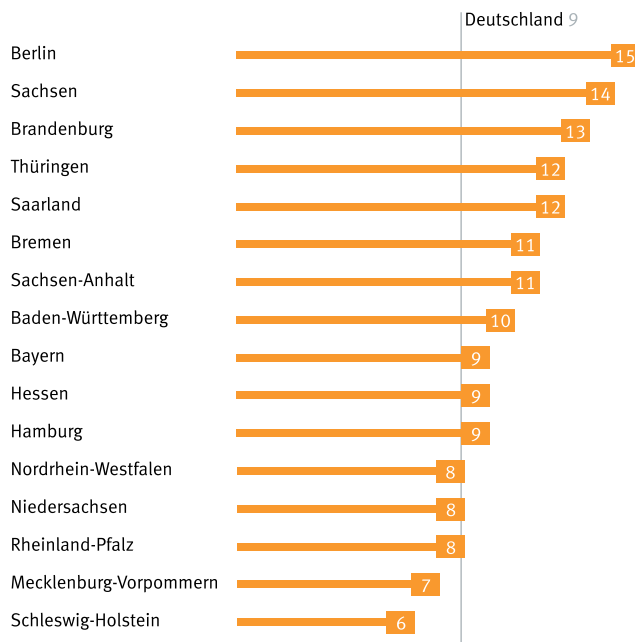
Sie ist ein Indikator für die Attraktivität deutscher *Hochschulen* für Studierende aus dem Ausland. Die Wahl der Hochschule wird von den Studienbedingungen und der wissenschaftlichen Reputation, aber auch von der Lage der Hochschule, dem kulturellen und gesellschaftlichen Umfeld sowie von individuellen Aspekten beeinflusst.

Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an den Studierenden auf dem Stand von 2006

Im Wintersemester 2016/2017 studierten 265 500 Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an deutschen Hochschulen, 41 % mehr als im Wintersemester 2006/2007. Dennoch lag ihr Anteil wie zehn Jahre zuvor bei gut 9 %. Dabei sank der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an allen Studierenden vom Wintersemester 2006/2007 zunächst auf 8 % im Wintersemester 2011/2012. Dies war auf den starken Anstieg der Studierendenzahl mit in Deutschland erworbener Hoch-

Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer im Wintersemester 2016/17

Anteil an den Studierenden in %



schulzugangsberechtigung (+ 22 %) zurückzuführen, während im gleichen Zeitraum die Zahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer nur um 2 % anwuchs. Zwischen den Wintersemestern 2011/2012 und 2016/2017 stieg der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an den Studierenden stetig wieder auf gut 9 % an. In diesem Zeitraum nahm die Zahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer erheblich stärker zu als die Zahl derjenigen Studierenden, die ihre Studienberechtigung in Deutschland erworben hatten.

Im Wintersemester 2016/2017 studierten an deutschen Hochschulen 127 300 Bildungsausländerinnen und 138 100 Bildungsausländer. Der Anteil der Bildungsausländer an den männlichen Studierenden insgesamt lag im Wintersemester 2016/2017 mit rund 10 % leicht über dem Anteil der Bildungsausländerinnen an den weiblichen Studierenden von gut 9 %.

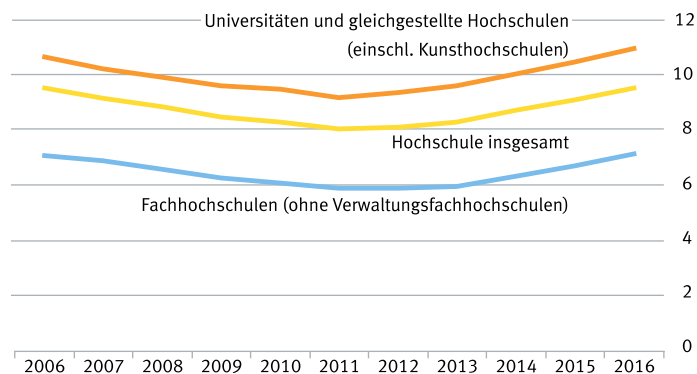
Der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an Universitäten und Kunsthochschulen war mit 11 % im Wintersemester 2016/2017 höher als an den Fachhochschulen mit 7 %. Die Entwicklung der entsprechenden Anteile seit dem Wintersemester 2006/2007 verlief bei den genannten Hochschularten im Wesentlichen gleichförmig.

Berlin und Sachsen am attraktivsten für Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer

Der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an den Studierenden war im Wintersemester 2016/2017 in Berlin mit 15 % am höchsten, gefolgt von Sachsen mit einem Anteil von 14 %. Die geringsten Anteile an bildungsausländischen Studierenden hatten Schleswig-Holstein mit 6 % und Mecklenburg-Vorpommern mit 7 %. •

Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer nach Hochschularten

Anteil an den Studierenden in %



4 Überregionale Attraktivität deutscher Hochschulen

4.4

Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an den Absolventinnen und Absolventen

Die Kennzahl misst den Anteil der Ausländerinnen und Ausländer, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben, an den Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen. Sie umfasst neben den Erstabschlüssen auch Promotionen, Master- und sonstige weiterführende Abschlüsse.

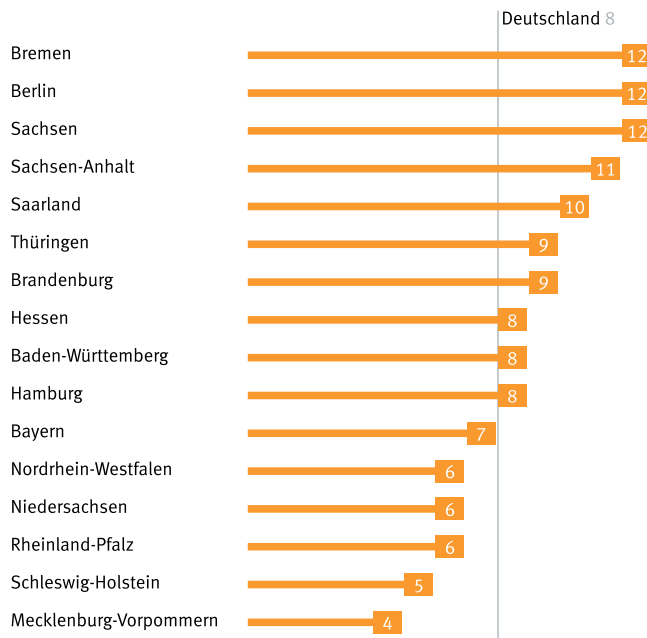
Die Anteilswerte sind ein Indikator für die Fähigkeit der Hochschulen, Studierenden mit im Ausland erworbener Studienberechtigung erfolgreich einen Abschluss zu vermitteln.

Zahl der bildungsausländischen Absolventinnen und Absolventen stark gestiegen

Im Prüfungsjahr 2016 schlossen 37 800 Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer ihr Studium erfolgreich an einer deutschen Hochschule ab. Gegenüber 2006 war das ein Anstieg von + 90%. Rund 28 100 bildungsausländische Absolventinnen und Absolventen haben ihre Abschlussprüfung 2016 an einer Universität oder Kunsthochschule und rund 9 800 an einer Fachhochschule abgelegt. Das entsprach einem Anteil an den Absolventinnen und Absolventen von 9 % bzw. 6 %.

Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer im Prüfungsjahr 2016

Anteil an den Absolventinnen und Absolventen in %



Vergleichsweise hohe Anteile an bildungsausländischen Absolventinnen und Absolventen in den Ingenieurwissenschaften

Beim Vergleich ausgewählter *Fächergruppen* wiesen 2016 die Ingenieurwissenschaften mit 11 % einen überdurchschnittlichen Anteil von Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern an den Absolventinnen und Absolventen an deutschen Hochschulen aus. Die geringsten Anteile wiesen die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 6 % und Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften mit 5 % auf. Dabei waren die Anteile für Männer und Frauen unterschiedlich hoch. Bei Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften lag der Anteil der Bildungsausländerinnen an den Absolventinnen mit 4 % deutlich unter dem der Bildungsausländer an den Absolventen mit 8 %. Umgekehrt sah es bei

den Ingenieurwissenschaften aus. Hier lag der Anteil der Bildungsausländerinnen an den Absolventinnen mit 13 % über dem der Bildungsausländer an den Absolventen mit 10 %.

Anteil an bildungsausländischen Absolventinnen und Absolventen in Bremen am höchsten

Der Anteil an Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an den Absolventinnen und Absolventen war 2016 in Bremen, Berlin und Sachsen am höchsten. Die Anteile betrugen in den drei Ländern mit leichten Abstufungen jeweils 12 %. Die geringsten Anteile hatten Mecklenburg-Vorpommern mit 4 % und Schleswig-Holstein mit 5 %. •

Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer nach ausgewählten Fächergruppen 2016

Fächergruppen	Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer	Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an den Absolventinnen und Absolventen
		%
Geisteswissenschaften	3 459	6
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	11 000	6
Mathematik, Naturwissenschaften	4 099	7
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	1 597	5
Ingenieurwissenschaften	13 653	11

5 Einnahmen und Ausgaben der Hochschulen

5.1

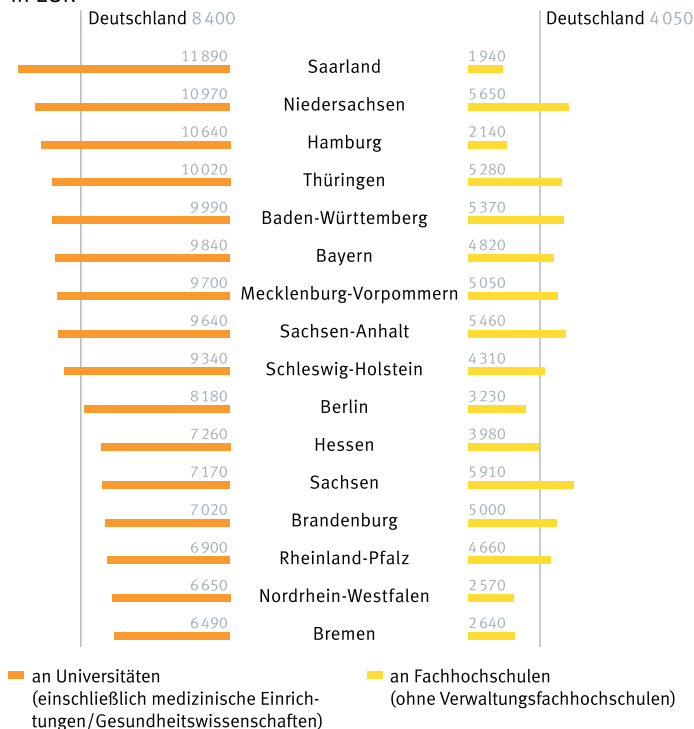
Laufende Ausgaben (Grundmittel) je Studierenden

Die Kennzahl gibt Auskunft über die Höhe der *laufenden Ausgaben* (Grundmittel), die der Hochschulträger im Berichtsjahr den *Hochschulen je Studierenden* für Forschung und Lehre zur Verfügung stellt. Darin enthalten sind auch Versorgungszuschläge für Beamtinnen und Beamte und die anteiligen laufenden Ausgaben der *Zentralen Einrichtungen*. Nicht enthalten sind Ausgaben für die Unterbringung, wie Mieten oder Bauinvestitionen, sowie sonstige Investitionen.

Laufende Ausgaben (Grundmittel) im Bereich Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften leicht gesunken

Die laufenden Ausgaben (Grundmittel) je Studierenden waren 2015 im Bereich der Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften der Universitäten einschließlich der Zentralen Einrichtungen der Hochschulkliniken mit 27 400 Euro am höchsten. Sie sanken zwar im Vergleich zum Jahr 2014 um 2 000 Euro (- 7 %), lagen aber noch mehr als doppelt so hoch wie in der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften (11 700 Euro) und fast viermal so hoch wie in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften (7 400 Euro). Im Vergleich zum Vorjahr stiegen diese in den beiden Fächergruppen jeweils um 2 %.

Laufende Ausgaben (Grundmittel) je Studierende nach Hochschularten und Bundesländern 2015
in EUR



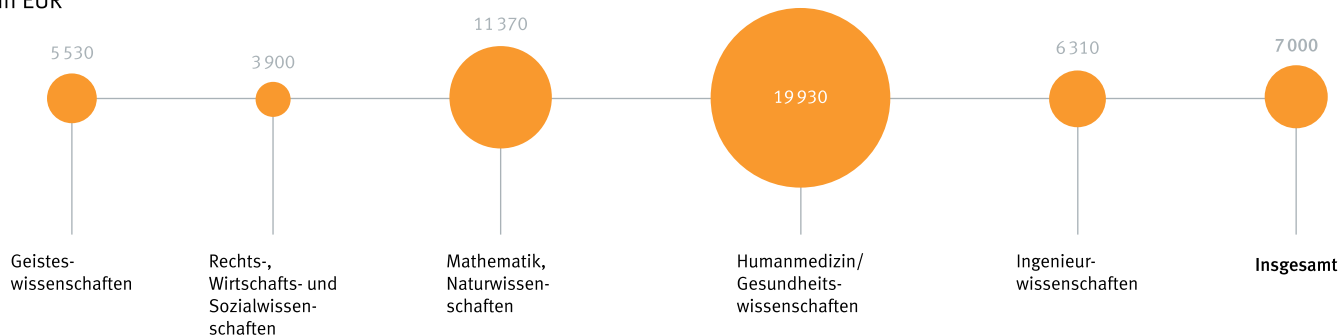
Universitäten erhalten mehr Mittel je Studierenden als Fachhochschulen

Die durch den Träger der Hochschulen finanzierten laufenden Ausgaben (Grundmittel) für Forschung und Lehre beliefen sich im Jahr 2015 auf 7 000 Euro je Studierenden. Überdurchschnittlich viele Mittel wurden für die Universitäten (einschließlich medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften) bereitgestellt (8 400 Euro je Studierenden). Dagegen standen den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) nur 4 100 Euro je Studierenden zur Verfügung.

Hochschulen in Bremen erhalten die geringsten Mittel

Die laufenden Ausgaben (Grundmittel) je Studierenden für Hochschulen (einschließlich medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften der Universitäten und ohne Verwaltungsfachhochschulen) fallen im Ländervergleich deutlich auseinander, von 5 100 Euro in Bremen und 5 300 Euro in Nordrhein-Westfalen bis zu 8 800 Euro in Thüringen und 9 400 Euro in Niedersachsen. Das ist beispielsweise auf Unterschiede in der Fächerstruktur, den Studienbedingungen oder auf standortbedingte Kostenfaktoren zurückzuführen. •

Laufende Ausgaben (Grundmittel) je Studierende nach Fächergruppen der Hochschulen¹ 2015 in EUR



¹ Einschließlich medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften der Universitäten und ohne Verwaltungsfachhochschulen.

5 Einnahmen und Ausgaben der Hochschulen

5.2

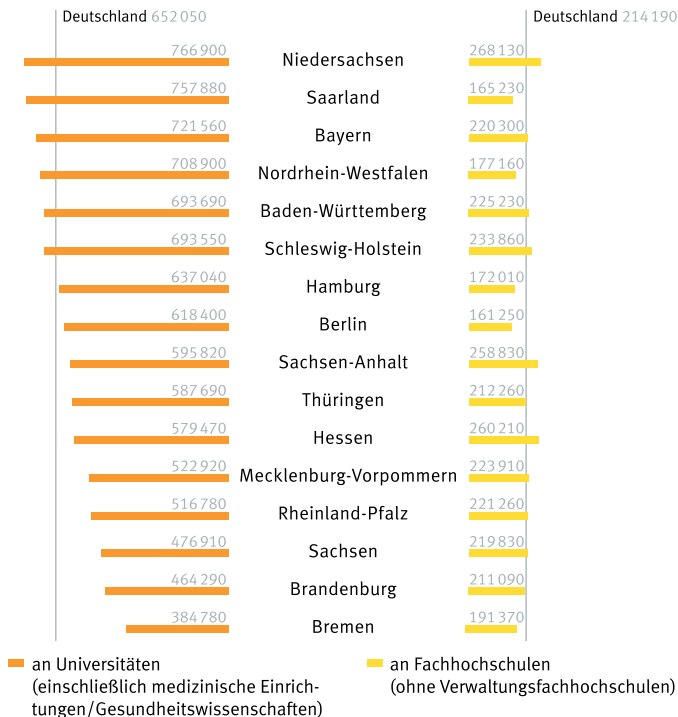
Laufende Ausgaben (Grundmittel) je Professorin und Professor

Die Kennzahl *laufende Ausgaben* (Grundmittel) je Professorin bzw. Professor beschreibt die Höhe der Mittel, die der Hochschulträger je Professorin und Professor für Forschung und Lehre für laufende Zwecke zur Verfügung stellt.

Höchste Zuschüsse in Niedersachsen

Die höchsten Zuschüsse je Professorin und Professor bei den *Hochschulen* (einschließlich medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften der Universitäten und ohne Verwaltungsfachhochschulen) waren 2015 in Niedersachsen mit 557 600 Euro, im Saarland mit 516 500 Euro und in Bayern mit 489 200 Euro zu verzeichnen. Auf den hinteren Rängen befanden sich Brandenburg mit 376 300 Euro, Sachsen mit 366 200 Euro und Bremen mit 307 900 Euro. Insgesamt beliefen sich die laufenden Ausgaben (Grundmittel) je Professorin und Professor in Deutschland im Berichtsjahr 2015 auf 451 200 Euro. Die Kennzahl wird stark von länderspezifischen Hochschul- und Fächerstrukturen beeinflusst. So bilden Brandenburg und Bremen nur wenige *Studierende* im Bereich Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften aus.

Laufende Ausgaben (Grundmittel) je Professorin und Professor
nach Hochschularten und Bundesländern 2015
in EUR



Höhere Ausstattung an Universitäten

Die Ausstattung der Professorinnen und Professoren mit Mitteln für laufende Zwecke durch den Hochschulträger ist in den einzelnen Hochschularten unterschiedlich hoch. Professorinnen und Professoren an Universitäten (einschließlich medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften) erhielten mit 652 000 Euro pro Jahr im Durchschnitt mehr als das Doppelte für Forschung und Lehre als ihre Kolleginnen und Kollegen an den Kunsthochschulen mit 265 000 Euro und an den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) mit 214 200 Euro. Diese nehmen in wesentlich geringerem Umfang Forschungsaufgaben wahr.

Deutliche Differenzierung zwischen den Fächergruppen bei der Zuweisung von Mitteln

Die laufenden Ausgaben (Grundmittel) je Professorin und Professor an Hochschulen (einschließlich medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften und ohne Verwaltungsfachhochschulen) waren mit 948 400 Euro in der *Fächergruppe* Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften am höchsten, gefolgt von Mathematik, Naturwissenschaften mit 596 000 Euro. Mit rund 315 900 Euro wurden in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften je Professorin bzw. Professor deutlich weniger finanzielle Mittel durch den Träger bereitgestellt. In vielen Fällen wird die Grundfinanzierung der Professorinnen und Professoren seitens des Trägers durch das Einwerben von *Drittmitteln* – insbesondere zur Durchführung von Forschungsprojekten – ergänzt (siehe Kennzahl 5.3). •

Laufende Ausgaben (Grundmittel) je Professorin und Professor nach Hochschularten und Fächergruppen 2015

Fächergruppen	Hochschulen ¹	Universitäten ²	Fachhochschulen ³
	EUR		
Geisteswissenschaften	450 120	462 840	249 910
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	315 940	497 020	162 320
Mathematik, Naturwissenschaften	596 010	638 990	212 420
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	948 360	1 065 550	111 920
Ingenieurwissenschaften	395 950	756 460	253 690
Insgesamt	451 210	652 050	214 190

1 Einschließlich medizinische Einrichtungen/ Gesundheitswissenschaften der Universitäten und ohne Verwaltungsfachhochschulen.

2 Einschließlich medizinische Einrichtungen/ Gesundheitswissenschaften.

3 Ohne Verwaltungsfachhochschulen.

5 Einnahmen und Ausgaben der Hochschulen

5.3

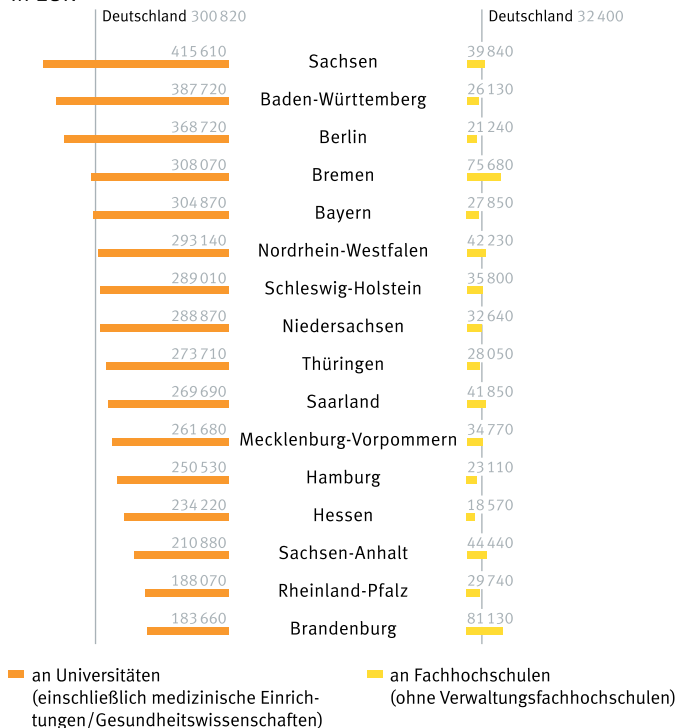
Drittmittel je Professorin und Professor

Die Kennzahl *Drittmittel* je Professorin bzw. Professor zeigt die durchschnittlichen Einnahmen, die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer im Wettbewerb von öffentlichen und privaten Stellen für Forschung und Lehre zusätzlich zur Grundausrüstung einwerben. Die Drittmittel werden im Verhältnis zur Anzahl der Professorinnen und Professoren ausgewiesen (ohne drittmittel-finanzierte Professorinnen bzw. Professoren). Die Höhe der Drittmittel ist ein Maß für den Erfolg der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, Forschungsmittel zu akquirieren und kann gleichzeitig als Indikator für die Qualität der Forschung angesehen werden.

15 % der Ausgaben durch Drittmiteleinnahmen gedeckt

Im Jahr 2015 hatten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an deutschen Hochschulen (einschließlich medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften der Universitäten und ohne Verwaltungsfachhochschulen) insgesamt 7,4 Milliarden Euro an Drittmitteln eingeworben, 2 % mehr als im Vorjahr. Drittmiteleinnahmen stellen ein wichtiges finanzielles Standbein für Forschung und Lehre dar. 2015 konnten allein mit ihnen rund 15 % der Gesamtausgaben der Hochschulen (50,8 Milliarden Euro) bestritten werden.

Drittmittel je Professorin und Professor nach Hochschularten und Bundesländern 2015
in EUR



Fast 92 % der Drittmiteinnahmen (6,8 Milliarden) kamen den Universitäten und deren medizinischen Einrichtungen zugute. Die Fachhochschulen erhielten mit 569 Millionen Euro gut 8 % der Drittmiteinnahmen. Auch Kunsthochschulen konnten Drittmittel in geringem Umfang verbuchen.

Drittmiteinnahmen je Professorin und Professor gestiegen

Professorinnen und Professoren an Hochschulen (einschließlich medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften der Universitäten und ohne Verwaltungsfachhochschulen) warben 2015 mit durchschnittlich 175 500 Euro erneut mehr an Drittmitteln ein als in den Vorjahren. 2014 waren es 175 200 Euro und im Jahr davor 173 000 Euro. Die höheren Drittmiteinnahmen sind zu einem großen Teil durch die Erhöhung der Förderbudgets der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Europäischen Union möglich geworden.

Wie bei den laufenden Ausgaben (Grundmittel) existieren auch hier deutliche Unterschiede zwischen den *Fächergruppen*. Die mit 510 100 Euro höchsten Drittmiteinnahmen je Professorin und Professor waren 2015 im Bereich der Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften zu verzeichnen, gefolgt von der Mathematik und den Naturwissenschaften mit 292 600 Euro. Die Professorinnen und Professoren der Ingenieurwissenschaften erzielten durchschnittliche Drittmiteinnahmen in Höhe von 189 400 Euro.

Die Drittmiteinnahmen in den Geisteswissenschaften (116 800 Euro) sowie in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (66 800 Euro) blieben deutlich dahinter zurück. »



5 Einnahmen und Ausgaben der Hochschulen

Universitäten werben deutlich mehr Drittmittel ein als Fachhochschulen

Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren (einschließlich medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften) warben 2015 im Durchschnitt 300 800 Euro an Drittmitteln ein. Bei ihren Kolleginnen und Kollegen an den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) waren es 32 400 Euro. Der geringe Betrag ist primär darauf zurückzuführen, dass die Lehre und nicht die Forschung die Kernaufgabe der Fachhochschule darstellt. Die Unterschiede entstehen aber auch durch die unterschiedliche Fächerstruktur. Die höchsten Drittmiteleinnahmen je

Professorin und Professor entfiel bei den Universitäten (einschließlich medizinische Einrichtungen/ Gesundheitswissenschaften) auf die Technische Hochschule Aachen mit 759 600 Euro, gefolgt von der Universität Stuttgart mit 664 900 Euro und der Technischen Universität München mit 653 000 Euro. •

Drittmittel je Professorin und Professor nach Hochschularten und Fächergruppen 2015

Fächergruppen	Hochschulen ¹	Universitäten ²	Fachhochschulen ³
	EUR		
Geisteswissenschaften	116 830	122 530	27 150
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	66 850	118 670	22 880
Mathematik, Naturwissenschaften	292 630	319 070	56 700
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	510 120	577 180	31 480
Ingenieurwissenschaften	189 380	570 670	38 690
Insgesamt	175 490	300 820	32 400

¹ Einschließlich medizinische Einrichtungen/
Gesundheitswissenschaften der Universitäten und
ohne Verwaltungsfachhochschulen.

² Einschließlich medizinische Einrichtungen/
Gesundheitswissenschaften.

³ Ohne Verwaltungsfachhochschulen.



5 Einnahmen und Ausgaben der Hochschulen

5.4

Laufende Ausgaben (Grundmittel) für ein Studium

Diese Kennzahl stellt die Höhe der *laufenden Ausgaben (Grundmittel)* dar, die vom Hochschulträger für einen Studienabschluss (Diplom, Lehramt, Künstlerischer Abschluss, Fachhochschulabschluss, Bachelor, Master) bei durchschnittlicher *Fachstudien-dauer* aufgewandt wurden. Darin enthalten sind auch Versorgungszuschläge für Beamtinnen und Beamte und die anteiligen laufenden Ausgaben (Grundmittel) der *Zentralen Einrichtungen*. Nicht enthalten sind Ausgaben für die Unterbringung, wie Mieten oder Bauinvestitionen sowie sonstige Investitionen.

193 300 Euro laufende Ausgaben (Grundmittel) für universitären Abschluss in Humanmedizin

Die laufenden Ausgaben (Grundmittel) für einen Studienabschluss variieren aufgrund unterschiedlicher hochschulspezifischer Fächerstrukturen, durchschnittlicher Studiendauern und Forschungsintensitäten deutlich. Ein universitärer Abschluss (einschließlich Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften und ohne Lehramtsprüfungen) erforderte 2015 laufende Ausgaben (Grundmittel) des Hochschulträgers von durchschnittlich 52 600 Euro. Überdurchschnittlich teuer war dabei ein universitärer Abschluss in Humanmedizin (ohne Gesundheitswissenschaften), der mit 193 300 Euro zu Buche schlug.

Durchschnittlich 15 200 Euro laufende Ausgaben (Grundmittel) für Bachelorabschluss an Fachhochschule

Die im Rahmen der Bologna-Reform seit 1999 neu eingeführten Studienabschlüsse Bachelor und Master schlugen an den Universitäten (einschließlich medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften) mit durchschnittlich 30 700 Euro bzw. 20 800 Euro zu Buche. Für Studierende, die 2015 zusätzlich zum Bachelor noch einen Masterabschluss erwarben, summierten sich die Ausgaben entsprechend auf 51 500 Euro. Geringere Ausgaben waren mit 15 200 Euro für einen Bachelorabschluss und mit zusätzlichen 9 100 Euro für einen Masterabschluss an einer Fachhochschule (ohne Verwaltungsfachhochschulen) verbunden.

Laufende Ausgaben (Grundmittel) für ein Studium 2015

Abschluss	Universität ¹	Fachhochschule ²
	EUR	
Universitärer Abschluss (ohne Lehramtsprüfungen)	52 600	X
Bachelorabschluss	30 700	15 200
Masterabschluss	20 800	9 100
Fachhochschulabschluss	X	20 300

¹ Einschließlich medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften.

² Ohne Verwaltungsfachhochschule.

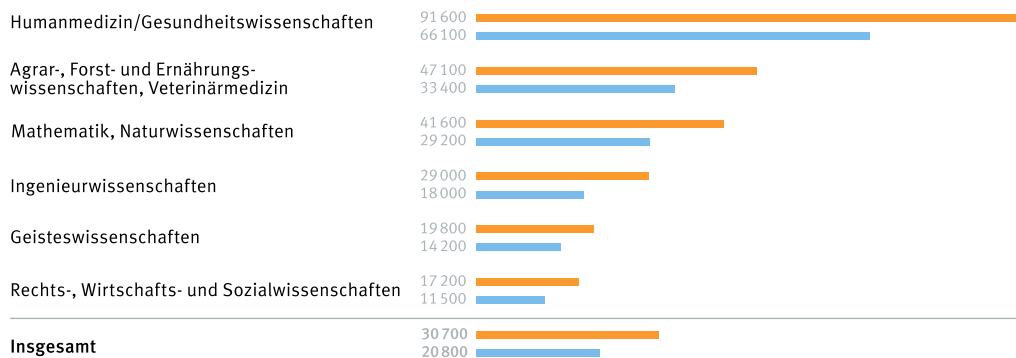
X = Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll

Kosten für Universitätsabschluss in Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vergleichsweise gering

Um 2015 einem Universitätsstudierenden einen Bachelorabschluss in Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu ermöglichen, mussten vom Träger der *Hochschulen* durchschnittlich 17 200 Euro für laufende Ausgaben (Grundmittel) zur Verfügung

gestellt werden. Für einen Masterabschluss waren es 11 500 Euro. Ein Bachelorabschluss in der *Fächergruppe* Mathematik/ Naturwissenschaften kostete die Universitäten durchschnittlich 41 600 Euro, in den Ingenieurwissenschaften 29 000 Euro. Ein Masterabschluss in diesen Fächern belief sich auf 29 200 Euro bzw. 18 000 Euro. •

Laufende Ausgaben (Grundmittel) für eine Universitätsstudium¹ nach ausgewählten Fächergruppen 2015 in EUR



¹ Einschließlich medizinische Einrichtungen/ Gesundheitswissenschaften.

■ Bachelorabschluss ■ Masterabschluss

Absolventinnen und Absolventen

Erstabsolventinnen und Erstabsolventen sind Absolventinnen und Absolventen, die einen akademischen Erstabschluss erworben haben. Die Kennzahlen „Gesamtausbildungsquote“ und „Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an den Absolventinnen und Absolventen“ basieren auf der Gesamtzahl der Absolventinnen und Absolventen (Erstabsolventinnen und Erstabsolventen und Absolventinnen und Absolventen von weiterführenden Studiengängen sowie Promotionen).

Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer

Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer sind ausländische Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland oder an einem Studienkolleg erworben haben.

Bologna-Reform

Im Juni 1999 unterzeichneten die Wissenschaftsministerinnen und Wissenschaftsminister aus 29 europäischen Ländern die sogenannte »Bologna-Erklärung« zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums. Als wichtigstes Ziel dieses Reformprozesses gilt die Einführung des zweistufigen Studiensystems mit den neuen Abschlüssen Bachelor und Master, die die herkömmlichen Abschlüsse an Universitäten und Fachhochschulen bis 2010 (bis auf wenige Ausnahmen) ablösen sollten. Durch die internationale Vereinheitlichung der Studienabschlüsse sollten Studierende sowie Absolventinnen und Absolventen

innerhalb Europas mobiler und die Attraktivität der Hochschulen über die europäischen Grenzen hinaus gesteigert werden.

Drittmittel

Drittmittel sind Mittel, die von den Hochschulen zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre zusätzlich zum regulären Hochschulhaushalt (Grundausrüstung) bei öffentlichen oder privaten Stellen eingeworben werden.

Fächergruppen

In der bundeseinheitlichen Studierenden- und Prüfungsstatistik werden inhaltlich verwandte Studienfächer einzelnen Studienbereichen zugeordnet, die wiederum zu neun großen Fächergruppen zusammengefasst werden. Die bei einigen Kennzahlen einzeln nachgewiesenen Fächergruppen, Studienbereiche und Studienfächer wurden nach dem Kriterium relativ hoher Studierenden- und Absolventenzahlen im Wintersemester 2016/2017 ausgewählt. In Folge einer Revision der Fächersystematik zum Wintersemester 2015/2016 hat sich eine Verschiebung einzelner Studienbereiche zwischen den Fächergruppen ergeben. Zur Betrachtung der Entwicklungen im Zeitverlauf wurde die aktuelle Fächersystematik auf die älteren Berichtsjahre übertragen.

Fachstudiendauer

Die Fachstudiendauer ist die Anzahl der Fachsemester, die in einem Studiengang bis zur Abschlussprüfung verbracht wird. Dazu können auch einzelne Semester aus einem anderen Studienfach oder Studiengang gehören, sofern diese als Fachsemester anerkannt wurden.

Gesamtstudiendauer

Die Anzahl der Semester, die ein Studierender insgesamt im Hochschulsystem verbringt, wird als Gesamtstudiendauer bezeichnet. Diese müssen nicht in Beziehung zum Studienfach, in dem ein Abschluss erworben wurde, stehen.

Hochschulen

Als Hochschulen werden nach Landesrecht anerkannte Hochschulen, unabhängig von der Trägerschaft, ausgewiesen. Der in den Kennzahlen verwendete Begriff der Universitäten umfasst außer den Universitäten auch gleichgestellte Hochschulen (Pädagogische und Theologische Hochschulen) einschließlich Kunsthochschulen (in Kapitel 5 ohne Kunsthochschulen). Bei einigen Kennzahlen werden die medizinischen Einrichtungen gesondert dargestellt.

Die Fachhochschulen (einschließlich Verwaltungsfachhochschulen) bieten eine stärker anwendungsbezogene Ausbildung in Studiengängen für Ingenieure und für andere Berufe, vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Sozialwesen, Verwaltung, Gestaltung

und Informatik. Die Kennzahlen 3.1, 3.2, 4.3, 4.4 sowie 5.1 bis 5.4 weisen unter Fachhochschulen die Verwaltungsfachhochschulen nicht mit aus.

Konsekutiv

Konsekutive Studiengänge oder ein konsekutives Masterstudium setzen nach Maßgabe der Studien- oder Prüfungsordnung einen Bachelorabschluss voraus. Die Regelstudienzeit überschreitet i.d.R. einen Gesamtrahmen von fünf Jahren bis zum Masterabschluss nicht. Der Masterstudiengang kann den Bachelorabschluss fachlich fortführen und vertiefen oder fachübergreifend erweitern.

Laufende Ausgaben (Grundmittel)

Die in dieser Broschüre dargestellten laufenden Ausgaben (Grundmittel) für Lehre und Forschung umfassen den Teil der Hochschulausgaben, den der Hochschulträger den Hochschulen aus eigenen Mitteln für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Rückwirkend bis zum Berichtsjahr 2006 wurden die laufenden Ausgaben (Grundmittel) neu berechnet. Sie setzen sich zusammen aus den Personalausgaben zuzüglich unterstellten Sozialbeiträgen für Beamtinnen und Beamte sowie den laufenden Sachausgaben. Davon abgezogen werden die Verwaltungseinnahmen, Drittmiteleinahmen, Zuweisungen und Zuschüsse (nicht vom Träger) sowie die Mieten und Pachten. Die laufenden Ausgaben (Grundmittel) enthalten keine Investitionsausgaben.

Median

Für die Fach- und Gesamtstudiendauer und das Alter der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen wird der Median ausgewiesen, der die Verteilung in zwei gleiche Hälften (50 %) separiert und im Vergleich zum Durchschnittswert weniger anfällig gegenüber Extremwerten ist.

Personal

Erfasst werden die Beschäftigungsfälle des gesamten am Erhebungstichtag (1. Dezember) an Hochschulen haupt- und nebenberuflich tätigen Personals, auch soweit kein Anstellungsverhältnis zum Land oder zur Hochschule besteht. Dabei wird grundsätzlich zwischen dem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal sowie dem nicht-wissenschaftlichen Personal (Verwaltungspersonal, technisches und sonstiges Personal) unterschieden. Das nebenberuflich tätige wissenschaftliche und künstlerische Hochschulpersonal ist in der Regel mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen tariflichen oder gesetzlichen Wochenarbeitszeit an der Hochschule beschäftigt. Zum nebenberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal zählen Gastprofessorinnen und Gastprofessoren, Lehrbeauftragte sowie wissenschaftliche Hilfskräfte. Zum hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal zählen Professorinnen und Professoren, Dozentinnen und Dozenten und Assistentinnen und Assistenten, wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Lehrkräfte für besondere Aufgaben.

Quartile

Quartile unterteilen die Anzahl der Beobachtungen in vier gleich große Teile. Das untere Quartil ist so definiert, dass 25 % aller Beobachtungen einen Wert kleiner oder gleich dem unteren Quartil einnehmen. Das untere Quartil liegt damit zwischen Minimum und Median. Das obere Quartil ist so definiert, dass 75 % aller Beobachtungen einen Wert kleiner oder gleich dem oberen Quartil einnehmen. Das obere Quartil liegt damit zwischen Median und Maximum. Der Quartilsabstand bezeichnet die Differenz zwischen dem oberen und dem unteren Quartil. Er umfasst 50 % der Verteilung. Der Quartilsabstand wird auch als Streuungsmaß um die 50 %-Marke verwendet.

Quotensummenverfahren

Beim Quotensummenverfahren wird für die Kennzahlen „Studienberechtigtenquote“, „Studienanfängerquote“ und „Erstabsolventenquote“ für das betrachtete Jahr für jeden Altersjahrgang der Bevölkerung der Anteil der Studienberechtigten, der Studienanfängerinnen und Studienanfänger bzw. der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen ermittelt. Anschließend werden diese Anteile zu einer Summe addiert.

Studienanfängerinnen und Studienanfänger

Studienanfängerinnen und Studienanfänger im ersten Hochschulemester (Erstimmatrikulierte) nehmen zum ersten Mal ein Studium an einer deutschen Hochschule auf. Studierende im ersten Fachsemester nehmen ein Studium in einem bestimmten Studiengang neu auf. Zu den Studierenden im ersten Fachsemester gehören auch Studienfachwechsler, die vor Aufnahme des neuen Studienganges bereits in einem anderen Studiengang eingeschrieben waren und deshalb nicht mehr zu den Studienanfängerinnen und Studienanfängern im ersten Hochschulemester gehören. Die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger im ersten Hochschul- und Fachsemester wird jeweils für das Studienjahr nach der nationalen Abgrenzung ausgewiesen (Studienjahr 2016 = Sommersemester 2016 plus Wintersemester 2016/2017).

Studienfächer

Siehe „Fächergruppen“.

Studienberechtigte

Studienberechtigte sind Absolventinnen und Absolventen mit allgemeiner, fachgebundener oder Fachhochschulreife aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen.

Studierende

Als Studierende werden die im jeweiligen Wintersemester in einem Fachstudium immatrikulierten Studierenden nachgewiesen (ohne Beurlaubte, Besucher eines Studienkollegs und Gasthörer).

Übergangsquoten

Die Übergangsquote gibt an, wie hoch der Anteil der studienberechtigten Schulabsolventinnen und Schulabsolventen eines Jahrgangs ist, die direkt nach ihrem Schulabschluss oder in den Jahren danach ein Studium an einer deutschen Hochschule beginnen, gemessen an allen Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit Hochschulzugangsberechtigung eines Jahrgangs.

Bis zum Berichtsjahr 2010 wurden alle Studienanfängerinnen und Studienanfänger ins Verhältnis zu den Studienberechtigten gesetzt. Ab dem Berichtsjahr 2011 werden nur noch die Studienanfängerinnen und Studienanfänger, die eine schulische Studienberechtigung haben, in die Berechnung einbezogen. Aufgrund dieser methodischen Verbesserung liegen die ab 2011 berichteten Übergangsquoten unter den bis einschließlich 2010 veröffentlichten Ergebnissen.

Vollzeitäquivalente

Die Berechnung des wissenschaftlichen Personals nach Vollzeitäquivalenten erfolgt anhand des Beschäftigungsumfangs und der Art der Tätigkeit (haupt- bzw. nebenberuflich). Hauptberufliches Personal in Vollzeit wird mit 1,0, hauptberufliches Personal in Teilzeit mit 0,5 und nebenberufliches Personal mit 0,2 gewichtet.

Wissenschaftliches und künstlerisches Personal

Die Kennzahlen „Betreuungsrelation“ und „Erst- und Gesamtausbildungsquote“ beziehen sich auf das wissenschaftliche und künstlerische Personal in Vollzeitäquivalenten. Drittmittelfinanziertes Personal wird bei der Berechnung dieser Kennzahlen nicht berücksichtigt. Die Kennzahl „Anteil des drittmittelfinanzierten Personals am wissenschaftlichen und künstlerischen Personal“ bezieht sich ebenfalls auf das wissenschaftliche und künstlerische Personal in Vollzeitäquivalenten.

Zentrale Einrichtungen

Zu den zentralen Einrichtungen der Hochschulen gehören neben der Hochschulverwaltung auch Zentralbibliotheken, Hochschulrechenzentren, zentrale Betriebs- und Versorgungseinrichtungen sowie zentrale wissenschaftliche und soziale Einrichtungen. Die Angaben für Zentrale Einrichtungen, die der Forschung und Lehre dienen, wurden rückwirkend bis zum Berichtsjahr 2006 den Fächergruppen zugeordnet. Zentrale Einrichtungen wie Wohnheime oder Sportstätten, die nicht der Lehre oder Forschung dienen, wurden in den Berechnungen nicht berücksichtigt.





www.destatis.de

Zentraler Auskunftsdienst

Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05

www.destatis.de/kontakt

www.destatis.de/publikationen